#### **NEUE GESICHTER**

Die Bundestagspräsidentin und ihre Stellvertreter im Portrait

#### **NEUE VERDACHTSFÄLLE**

Bestechungsvorwürfe erschüttern erneut das EU-Parlament

# # DASPARLAMENT

Nr. 14-15 | Berlin, 29. März 2025 | 75. Jahrgang

www.das-parlament.de

Preis 1 € | A 5544



Volles Haus mit einer Ausnahme: Die Regierungsbank blieb am Dienstag noch leer. Das rot-grüne Kabinett amtiert nur noch geschäftsführend.

© Deutscher Bundestag/Tobias Koch

#### **Erste Sitzung des 21. Deutschen Bundestages**

# Arbeitsfähig unter der Kuppel

Der Bundestag wählt Julia Klöckner (CDU) zu seiner Präsidentin - und streitet über die Geschäftsordnung

Aber er hat funktioniert: Am 25. März te heftige Wortgefechte. 21. Deutschen Bundestages unter der Reichstagskuppel zur konstituierenden Sitzung des neuen Parlaments zusammengefunden. Sie haben mit einer Mehrheit von 382 Ja-Stimmen Julia Klöckner (CDU) zur neuen Bundestagspräsidentin gewählt (bei 204 Nein-Stimmen, 31 Enthaltungen und fünf ungültigen Stimmen). Gewählt wurden auch ihre Stellvertreter: Andrea Lindholz (CSU), Josephine Ortleb (SPD), Omid Nouripour (Bündnis 90/Die Grünen) und Bodo Ramelow (Die Linke). Zum ersten Mal seit vielen Jahren gibt es damit nach einer Bundestagswahl keinerlei personelle Kontinuität im Bundestagspräsidium, denn alle Mitglieder bekleiden ihr Amt zum ersten Mal. Nicht die nötige Mehrheit der Stimmen erhielt der Kandidat Gerold Otten, der von der AfD-Fraktion für das Amt eines Vizepostens vorgeschlagen wurde

#### **Erste Wortgefechte im** neuen Bundestag

Während die verschiedenen Wahlgänge weitgehend routiniert vonstatten gingen, zeigte sich in der Aussprache zuvor, dass diese erste Sitzung doch nicht nur eine Routi-

er zeitliche Übergang von ne-Tagesordnung abarbeitete. Denn im Jahre 2017 sieht die AfD eine Ausder letzten Sitzung des alten zur Diskussion stand ebenfalls die grenzung ihrer Abgeordneten. Entzur ersten Sitzung des neu Geschäftsordnung des Bundestages. gewählten Bundestages war Und da erlebte das frisch zusam- mann, Erster Parlamentarischer Gein diesem Jahr besonders knapp. mengetretene Parlament bereits ers- schäftsführer der AfD-Fraktion, die mien vor, um besonders komplexe

haben sich die Abgeordneten des Der Grund: Die AfD-Fraktion hatte einen Antrag zur Geschäftsordnung vorgelegt, wonach nicht der dienstälteste Abgeordnete als Alterspräsident die konstituierende Sitzung eröffnen soll, sondern der nach Lebensjahren älteste. Das wäre der frühere AfD-Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland (84 Jahre) gewesen. In der Abschaffung der Lebensalter-Regelung



Bundestagspräsidentin Julia Klöckner und Alterspräsident Gregor Gysi © picture-alliance/dpa

sprechend scharf griff Bernd Bauanderen Fraktionen als "Meinungskartell" an und erntete dafür ebenso heftige Repliken. Man habe am Beispiel Thüringens sehen können, was es bedeute, wenn ein AfD-Alterspräsident zur "Chaotisierung" einer Sitzung beitrage, erwiderte unter anderem Thorsten Frei (CDU), Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Unionsfraktion.

#### **Gregor Gysi eröffnet als** Dienstältester

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse blieb es aber beim ursprünglichen Plan: Der dienstälteste Abgeordnete, Gregor Gysi (Die Linke), eröffnete die Sitzung. Während in Medien schon über die "Rede seines Lebens" spekuliert wurde und Katja Mast (SPD) in der Geschäftsordnungsdebatte auf die "persönliche Note" dieser Rede gespannt war, zeigte Gysi doch Nerven und präsentierte sich, dem Anlass gemäß, weniger angriffslustig als nachdenklich mahnend.

Politische Differenzen müssten mit Respekt und Verständnis anstatt mit Diffamierung ausgetragen werden. "Wir müssen lernen zu respektieren, dass es diese Unterschiede gibt." Begriffe wie "Kriegstreiber" oder "Putin-Knechte" etwa seien in der Debatte über den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine fehl am Platz, denn beide Seiten wollten auf ihrem Wege zum Frieden kommen, kritisierte Gysi. Außerdem schlug er dem Bundestag die Einrichtung überparteilicher Greund strittige Themen zu beraten, wie etwa eine Renten- oder Steuerreform oder den Bürokratieabbau.

#### Julia Klöckner wirbt für Kompromissfähigkeit

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner warb in ihrer Antrittsrede ebenfalls für Kompromissfähigkeit. "Demokratie ist im besten Sinne eine Zumutung. Haben wir den Mut zum Aushalten anderer Meinungen innerhalb des Rahmens unserer Verfassung", betonte sie und mahnte, "wir alle sollten den Stil unseres Diskurses gemeinsam überdenken". Eine dahingehende Änderung der Geschäftsordnung war zuvor von verschiedenen Fraktionen gefordert worden, um diffamierende Äußerungen im Bundestag künftig stärker sanktionieren zu können.

Klöckner machte auch klar, dass das Parlament die Regierung kontrolliere und nicht umgekehrt. Entsprechend selbstbewusst sollte es auftreten und über die Geschäftsordnung auch die eigene Rolle stärken.

Unter Hinweis auf den niedrigen Frauenanteil im Bundestag (32,4 Prozent) forderte sie außerdem mehr Anstrengungen, "um Frauen in die Politik zu holen", der politische Betrieb müsse lebenspraktischer werden, sagte sie. Claudia Heine

#### **KOPF DER WOCHE**

#### Inhaftierter Rivale

#### **Ekrem Imamoglu**

Die Karriere des Istanbuler Bürgermeisters kannte bislang nur eine Richtung – steil nach oben. Das ultimative Ziel hatte der 53-jährige CHP-Politiker bereits anvisiert:



Bei den Wahlen in drei Jahren wollte er den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan beerben. Die Chancen dafür standen gut: Imamoglu führte in Umfragen. Doch seit zehn Tagen sitzt der inzwischen abgesetzte Bürgermeister der 15-Millionen-Metropole in Untersuchungshaft und wird mit Vorwürfen überzogen: Es geht um Korruption und Terrorismusunterstützung. Seine Partei steht hinter ihm, kürte ihn dennoch zu ihrem Kandidaten. Die Festnahme gilt als politisch motiviert; Hunderttausende gehen seither gegen sie und die Regierung auf die Straße (siehe Seite 9). Am Wochenende hat die CHP erneut zu Demonstrationen aufgerufen.

#### **ZAHL DER WOCHE**

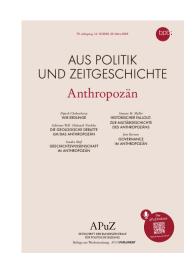
Millionen Menschen sollen nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts weiterhin den Solidaritätszuschlag zahlen.

#### **ZITAT DER WOCHE**

#### »Es werden 25 Prozent sein.«

**US-Präsident Donald Trump** verkündete in dieser Woche die Einführung von Zöllen auf importierte Fahrzeuge. Trump will zudem sämtliche EU-Exporte in den Blick nehmen.

#### **MIT DER BEILAGE**



Das Parlament Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG



#### INTERVIEW MIT BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN JULIA KLÖCKNER

# »Wir können besser werden«

Als Fan der Digitalisierung wünscht sich die neugewählte Bundestagspräsidentin Julia Klöckner mehr Präsenz des Parlaments in sozialen Medien. Ein Gespräch über digitale Theken, den Umgang mit der AfD, zu wenige Frauen im Bundestag und die Verteidigung der Demokratie

Frau Präsidentin, Sie stehen seit Dienstag an der Spitze des Bundestags. Wie fühlt sich das für Sie an, jetzt morgens als Inhaberin des zweithöchsten Staatsamts aufzuwachen?

Ich wache so auf wie bisher auch, mit ein bisschen weniger Schlaf in diesen Tagen. Die Aufgaben im neuen Amt gehe ich nun beherzt an. Kurzum: Keiner sollte zu sehr von sich selbst bewegt sein, sondern im Amt viel bewegen.

Sie haben schon durchblicken lassen, dass Sie nicht nur repräsentieren wollen, sondern durchaus auch eine eigene Agenda haben. Unter anderem haben Sie angekündigt, die Geschäftsordnung des Bundestags "optimieren" zu wollen. Worum geht es Ihnen dabei vor allem? Demokratie ist nichts Statisches. Seit ihrer Erfindung hat sie sich in ihren Formen und in der Art, wie sie gelebt und ausgeführt wird, immer wieder verändert. Deshalb enthält eine Geschäftsordnung, sage ich mal salopp, mit der Zeit auch viel Totholz. Dann muss man sie entrümpeln und neuen Erfordernissen und Erkenntnissen anpassen.

#### Was heißt das konkret?

Wir werden sicher über die Stärkung des Kontrollaspektes des Deutschen Bundestages sprechen müssen, darüber wie wir die Tagesordnung entlasten, die Abstimmungen müssen transparenter werden, Wahlverfahren und das Ordnungsrecht gehören überdacht, überprüft und angepasst.

#### Sie sind ein Fan der Digitalisie-

Digitalisierung ist kein Selbstzweck, sie soll Abläufe vereinfachen, sicherer machen, optimieren, Effizienzen heben und zum Arbeitsalltag passen. Es geht ums Ermöglichen und Modernisieren auch für die Abgeordnetenarbeit. Stimmabgaben, Unterschriften und weitere Vorgänge müssen ja nicht auf immer und ewig analog

#### Seit einiger Zeit wird beklagt, der Umgangston sei sehr viel ruppiger geworden, die Beleidigungen, Beschimpfungen, persönliche Angriffe nähmen zu. Ist das ein Thema für Sie?

anderen vergreifen sich im Ton. Ich bin seit zwei Jahrzehnten Mitglied in Parlamenten, und da ging es schon immer ziemlich robust zu. Das ist das eine. Jede Fraktion hat pointierte Rednerinnen und Redner, auch solche, die zuspitzen, auch mal übers Ziel hinausschießen. Unser Parlament soll auch kein Schlafsaal sein, die freie Rede ist ein hohes Gut. Das andere aber ist die Art des Umgangs, zivilisiert muss er sein: So wie wir die Debatten führen, so werden sie dann auch in der Gesellschaft geführt. Deshalb ist der Ton wichtig, sind Anstand und Respekt Vorbild gebend. Persönliche Herabwürdigungen sind nicht akzeptabel. Es gibt auch Grenzen, wenn die Legitimation dieses Parlaments in Frage gestellt wird, wenn sogar das Parlament lächerlich gemacht wird. Und hier muss ich sagen, hat zum Beispiel die AfD keinen guten Start gehabt, als sie in der ersten Sitzung mehrfach unterstellte, hier würde ein Kartell arbeiten, weil Abstimmungsmehrheiten im Ergebnis nicht dem Wunsch der Unterlegenen entsprachen. Um es klar zu sagen: Demokratisch gefundene Mehrheiten sind keine Kartelle, sondern Ausdruck gelebter Demokratie. Die Wählerinnen und Wähler haben am 23. Februar die Mehrheiten im Deutschen Bundestag neu bestimmt. Diese Mehrheiten, die in freier, geheimer Wahl zustande kamen, sind zu respektieren und nicht zu diffamieren.



© Tobias Koch

Sie wurden dafür kritisiert, dass Sie vor der Wahl, wie allen anderen Fraktionen auch, der AfD ein Gesprächsangebot gemacht haben. Das Treffen fand aus Termingründen nicht statt. Aber finden Sie es denn an der Zeit, einen anderen Umgang mit der AfD zu suchen? Kritisiert wurde ich dafür, aber auch ge-Um es deutlich zu sagen: Es ist ja nicht lobt von Bürgern und Medien. Formale so, dass die einen heilig sind, und die Umgangsformen sind ja nicht mit inhaltlichen Positionierungen gleichzusetzen. Ich verstehe mich als Präsidentin des gesamten Hohen Hauses, so ist auch meine Amtsbeschreibung. Deshalb habe ich allen Fraktionen - von den Linken bis zur AfD - angeboten, mich und meine Vorstellungen als zur Wahl stehende Kandidatin für das Amt zu erläutern. Die AfD-Fraktion hätte gerne zeitgleich zum ökumenischen Gottesdienst, der traditionell zur Eröffnung der neuen Legislaturperiode stattfindet, mit mir gesprochen. Es ist klar, dass ich den Gottesdienst dafür nicht absagen konnte und wollte. Und die danach angebotenen Termine kollidierten mit bereits zugesagten bei den weiteren

#### Die Mitte des Parlaments ist geschrumpft, AfD und Linke verfügen über eine Sperrminorität – erwarten Sie eine besonders schwierige Wahlperiode?

Ich empfehle uns allen ein wenig Gelassenheit. Die Bürger haben eine neue Zusammensetzung des Parlamentes bestimmt, und das haben wir zu akzeptieren und damit auch umzugehen. Das ist etwas, was Demokratie ausmacht. Hier herrschen Regeln. Regeln, die die Minderheiten schützen, dazu gehört beispielsweise auch die Sperrminorität. Und es gibt Regeln, die der Mehrheit das Handeln ermöglichen. Der Bundestag ist voll handlungsfähig.

#### Nach der jüngsten Wahl ist der Anteil der weiblichen Abgeordneten im Bundestag wieder gesunken: auf rund 32,4 Prozent. Warum ist das so?

Es liegt nicht am Wahlrecht, das hindert seit 1918 keine Frau mehr an der Kandidatur. Es sind die Rahmenbedingungen. Es liegt an mangelnder Attraktivität, es liegt an Lebensrealitäten – Stichwort: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. keinen Sitz im Deutschen Bundestag. Das schreckt schon einige ab. Zweitens: Es hat etwas damit zu tun, wie vor Ort Kandidaten aufgestellt werden. Und drittens spüren viele Frauen Stimmungen vielleicht einen Tick anders und reagieren darauf, wenn sie wahrnehmen, dass in der Politik mit sehr harten Bandagen gekämpft wird – gerade Frauen in der Öffentlichkeit werden im Internet sehr unsachlich, unter der Gürtellinie angegriffen. Und da gibt es dann auch Frauen, die sich sagen, dass muss ich mir nicht antun. Das verstehe ich übrigens gut, auch bei Männern. Nichtsdestotrotz: Wir brauchen mehr Frauen auch in der Politik, schließlich machen sie mehr als die Hälfte unserer Bevölkerung aus.

Das von der Ampel-Koalition geänderte Wahlrecht hat jetzt dazu geführt, dass 23 Kandidaten, die ihren Wahlkreis gewonnen haben, kein Mandat im Bundestag erhalten haben. Jetzt will die Union das Gesetz nochmals reformieren. Kann man das, ohne das ursprüngliche Ziel aufzugeben, die Zahl der Abgeordneten insgesamt im Bundestag zu begrenzen?

Es ist offenbar das Los von Bundestagspräsidenten und -präsidentinnen, sich mit dem Wahlrecht zu beschäftigen, das war bei meinen Vorgängern auch ein bestimmendes Thema. Das Ziel, die Zahl der Abgeordneten im Bundestag zu reduzieren, halte ich für richtig, und das ist mit der Reform auch erreicht worden. Ich habe aber Zweifel, ob alle Bürgerinnen und Bürger das Ergebnis dieser Reform für gerecht halten - geschweige denn die betroffenen Kandidaten. Ich schaffe es in meinen Begegnungen mit den Menschen nicht, überzeugend zu erklären, dass sie einen Kandidaten wählen, der zwar die Mehrheit der Wählerstimmen bekommt, aber am Ende doch Zugegeben, das Wahlrecht war in Deutschland schon immer etwas kompliziert. Doch eines konnte man bislang sehr einfach erklären: dass die Wähler mit ihrer Erststimme einen konkreten Abgeordneten ins Parlament wählen.

#### Nochmal zurück zur Frage, ob ein anderes Wahlrecht den Bundestag nicht vergrößern würde...

Was manche vergessen: Wir hatten für die Wahl 2025 bereits ein reformiertes Wahlrecht, das aber durch die abermalige Reform dann nie zur Anwendung kam. Das Wahlrecht sah statt 299 nur noch 280 Wahlkreise vor, drei Überhangmandate wären nicht ausgeglichen worden. Das Bundesverfassungsgericht hat dieses Wahlrecht geprüft und bestätigt. Es gibt also durchaus Alternativen, die sogar schon Gesetz waren. Was der bessere Weg wäre oder welche weiteren konkret denkbar sind, da halte ich mich zurück und möchte den Fraktionen nicht vorgreifen.

Es wird immer wieder mal die Idee vorgetragen, die Dauer der Legislaturperiode von vier auf fünf Jahre zu verlängern – wie in den meisten Länderparlamenten. Wie stehen Sie dazu?

Wenn eine Debatte darüber gewollt und der Wunsch breit getragen ist, dann bin ich dafür offen. Die Frage ist nicht unser Hauptproblem in der neuen Wahlperiode, würde ich sagen.

In der vergangenen Wahlperiode ist der Entwurf eines Bundestagspolizeigesetzes, das von der Ampel-Koalition eingebracht worden war, nicht mehr verabschiedet worden. Es geht dabei darum, dass es überhaupt erstmalig mal eine gesetzliche Grundlage gibt. Ist das ein Thema, das Sie wieder aufgreifen werden?

Auf alle Fälle. Ich halte es für richtig, dass wir ein Polizeigesetz für den Bundestag auf den Weg bringen. Es geht darum, unseren Parlamentarismus zu schützen, auch vor Extremismus, vor IT-Angriffen. Man muss aber abwägen, inwiefern der Wirkungsbereich und die Freiheit als frei gewählter Abgeordneter eingeschränkt werden könnten. Man muss immer schauen, ob man vom Einzelfall ausgehend plötzlich eine Regelung für alle macht. Die Addition der Regelung von Einzelfällen führt nicht unerheblich zur massiven Einschränkung für alle anderen. Ich bin mir sicher, wir werden da dran gehen und sollten uns dann auch den nötigen Raum und die Tiefe geben, die Argumente bei einzelnen Punkten zu besprechen und zu wägen

#### In Ihrer Rede nach Ihrer Wahl haben Sie die zahlreichen Angriffe auf die Demokratie und den Vertrauensverlust in die staatlichen Institutionen angesprochen. Was braucht es, um die Demokratie zu verteidigen?

Nicht jede Meinungsverschiedenheit ist gleich ein Angriff auf die Demokratie. Diskursräume sind durchaus eine Zumutung, aber notwendig. Wer Meinungsvielfalt ernst meint, muss das auch aushalten. Aushalten muss man aber nicht Herabwürdigungen, bestimmte Tonlagen und bedenkliche Infragestellung von Institutionen. Dienlich sind wir unserer Demokratie, wenn wir alle unsere Arbeit machen, Dienstleister der Bürger sind, Vermittler von Entscheidungen, uns an Spielregeln halten und ganz wichtig: Die Sorgen der Bürger ernst nehmen und Probleme lösen, die real vorhanden sind. Die Menschen treibt die Inflation, die schwächelnde Wirtschaft, der Arbeitsplatzverlust um. Es geht um individuelle Existenzen. Zudem: Die geopolitischen Ungewissheiten beunruhigen. Was früher sicher schien, ist es nicht mehr. Neue Zölle statt Handelspartnerschaften zum Beispiel haben Auswirkungen auf unser Leben. Dennoch sollten wir optimistisch und zuversichtlich bleiben: Wir haben eine bewährte, stabile Verfassung

#### Braucht es auch einen anderen Ton? Wir können gemeinsam in der Kommu-

nikation besser werden – Politik, Medien, Gesellschaft. Der Deutsche Bundestag ist das meistbesuchte Parlament, aber nicht das modernste. Wir sind nicht dort, wo die Mehrheit der Jugendlichen ist - an den digitalen Theken. Wenn sich gesellschaftliche Kommunikation ändert. dann müssen wir darauf reagieren. Es gibt in den digitalen Räumen eine Aufmerksamkeitsökonomie, die durch Klicks, Skandalisierung, Reduzierung getrieben ist. Es gibt dort viel Aufmerksamkeit, aber oft wenig Aufklärung. Die Algorithmen werden wir nicht verändern können, aber wir müssen diese Plattformen auch nicht unwidersprochen stehen lassen, sondern selbst dort ein Angebot machen für unterschiedliche Zielgruppen - und Vorbild im Ton und Wahrhaftigkeit sein.

> Das Interview führten Alexander Heinrich und Michael Schmidt

Julia Klöckner (CDU) war von 2002 bis 2011 schon einmal Mitglied des Deutschen Bundestags, seit 2021 ist sie es wieder. Am Dienstag haben die Abgeordneten sie zur Präsidentin des Bundestages gewählt.



Die Koalitionsverhandlungen gehen in die entscheidende Phase. Noch sind viele Punkte offen, die in den Papieren oft in eckige Klammern gefasst werden. Ob bis Ostern das Koalitionspaket von Union und SPD fertig geschnürt ist, bleibt abzuwarten. Womöglich beinhaltet es die eine oder andere Überraschung.

Das Parlament | Nr. 14-15 | 29. März 2025

© picture alliance imageBROKER/Firn (editier

it großer Spannung und hohen Erwartungen sehen viele Bürger den Vorhaben der geplanten Koalition von Union und SPD entgegen. Seit Mitte März laufen Koalitionsverhandlungen, für die eigentlich Vertraulichkeit vereinbart wurde. Dennoch dringen immer wieder Teilergebnisse nach außen, die freilich noch unter Vorbehalt stehen. Der Koalitionsvertrag stellt wie üblich einen Kompromiss dar, entsprechend hart wird teilweise um Formulierungen gerungen. Auch wenn dieser "Vertrag" rechtlich nicht bindend ist, zeigt die Praxis doch, dass die Regierungen bemüht sind, die Vereinbarungen umzusetzen. Das war in der vergangenen Legislatur auch so, wenngleich am Ende wichtige Vorhaben liegen geblieben sind, weil die

Inzwischen ist es üblich geworden, dass den Koalitionsverhandlungen Sondierungen vorangehen, um in

Koalition früh zerbrochen ist.



vertieften Gesprächen zu prüfen, ob Bündnisse inhaltlich tragfähig sind. Nach der Bundestagswahl vom 23. Februar 2025 gab es für die siegreiche Union allerdings im Grunde nur eine gangbare Option, nämlich das Bündnis mit den Sozialdemokraten.

#### Rückendeckung durch das beschlossene Sondervermögen

Den Sondierungen zwischen Union und SPD kam diesmal eine besondere Bedeutung zu, weil die beiden Parteien schon vor den Koalitionsgesprächen und auch vor der Konstituierung des neuen Bundestages eine weitreichende Vereinbarung getroffen haben, das Militär und die Infrastruktur (500 Milliarden Euro) mit üppigen Sondervermögen zu stützen. Dazu beschloss der Bundestag am 18. März mit den Stimmen von Union, SPD und Grünen eine Grundgesetzänderung, nachdem Union und SPD den Grünen weit entgegengekommen waren. Damit

#### Koalitionsverhandlungen

# Spannung vor Ostern

Bei den laufenden Koalitionsverhandlungen sind viele Punkte aus den Facharbeitsgruppen noch strittig und werden nun im engeren Kreis beraten. Ob die neue Bundesregierung wie geplant bis Ostern steht, ist ungewiss

ist ein zentraler Knackpunkt abgeräumt. Mit dem gewaltigen schuldenfinanzierten Geld lassen sich bestimmte Vereinbarungen einfacher umsetzen, auch wenn damit nicht alle kniffligen Finanzfragen gleich geklärt sind. Rückenwind kam zudem just diese Woche aus Karlsruhe, wo das Bundesverfassungsgericht den Solidaritätszuschlag für rechtens befand. Somit wird die ohnehin komplizierte Haushaltspolitik nicht noch durch zusätzliche Einnahmeausfälle belastet.

#### Viele Fachpolitiker wirken in den Arbeitsgruppen mit

Union und SPD haben sich vorgenommen, die Verhandlungen zügig abzuschließen und zeitnah Ergebnisse vorzustellen. Nach der einwöchigen Sondierung begannen am 13. März die auf lediglich zehn Tage angesetzten fachlichen Verhandlungen. Um die Gespräche zu strukturieren, wurden 16 Facharbeitsgruppen gebildet und mit insgesamt 256 Fachpolitikern bestückt. Jede Arbeitsgruppe umfasst 16 Mitglieder, sieben von der SPD, sechs von der CDU und drei von der CSU. Eine 17. Arbeitsgruppe befasst sich mit der Arbeitsweise der Bundesregierung und der Fraktionen sowie mit dem Wahlrecht, das die Union gerne wieder ändern würde. Das Ziel: Bis Ostern sollte die Regierung stehen.

Die Leitung der Arbeitsgruppen gibt dabei immer Anlass für Spekulationen über die Verteilung der künftigen Spitzenposten. Wer eine AG leitet, steht in herausgehobener Position, allerdings werden Personalfragen immer zuletzt und üblicherweise auch nach regionalen parteipolitischen Proporzaspekten entschieden.

Grundlage der Verhandlungen ist das elfseitige Sondierungspapier, das neben den übergreifenden Finanzierungsfragen bereits konkrete Pläne in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Soziales, Migration sowie ausgewählte weitere Vorhaben umfasst.

Die Arbeitsgruppen legten bis zum 24. März ihre Zwischenergebnisse vor, womit die erste Phase der Koalitionsgespräche zu Ende ging. Viele strittige Fragen waren da allerdings offenbar noch nicht geklärt, üblicherweise kenntlich gemacht mit eckigen Klammern im Textentwurf. Die Parteispitzen gaben sich trotzdem zuversichtlich, der ersten April-Woche endgültig zu klären, wackeln.

#### 19er Runde soll größere Kontroversen abräumen

Die Botschaft lautet: Gründlichkeit geht vor Schnelligkeit. SPD-Chef Lars Klingbeil erklärte vorsichtig optimistisch: "Wir kommen voran." Einzelne "Durchstechereien" an die Presse nannte er "ärgerlich". CDU-Chef Friedrich Merz bemühte sich, den Eindruck heftigen Streits zu relativieren und versicherte, die Atmosphäre werde beständig besser.

Ab diesem Freitag (28. März) soll die Hauptverhandlungsgruppe vertraulich beraten. Die sogenannte 19er Runde, zu der auch die Parteichefs gehören, hat vor allem die Aufgabe, die größten Kontroversen abzuräumen, die sich in den Arbeitsgruppen ergeben haben. Auch ein finaler "Finanzcheck" steht auf der To-do-Liste dass Lösungen gefunden werden. der künftigen Koalitionäre. Größere sierte Lammert im Magazin "Politi-Allerdings könnte der Zeitplan, die 🛾 Differenzen gibt es offenbar unter 🗸 co". Denn viele wichtige Themen sei sowie in der Sozial- und Migrations-

#### Koalitionäre planen einen finalen Finanzcheck

Begleitet werden die Koalitionsverhandlungen wie immer von Forderungen der Fachverbände und gesellschaftlichen Gruppierungen, die darauf hoffen, mit Warnungen und kon-

2013

kreten Vorschlägen gehört und berücksichtigt zu werden, denn was einmal im Koalitionsvertrag steht, hat gute Chancen auf Umsetzung. Umgekehrt gilt: Was dort nicht steht, wird oft auch nicht angegangen.

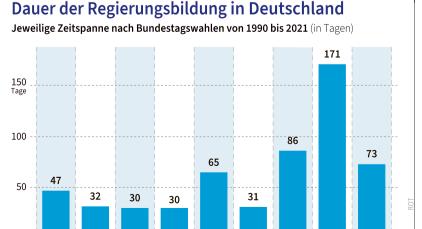
Der ehemalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) warnte unterdessen die Koalitionäre vor allzu detaillierten Festlegungen: "Über die Jahre hinweg sind Koalitionsvereinbarungen immer voluminöser geworden und, unfreundlich formuliert, immer wirklichkeitsfremder", kriti-Streitpunkte möglichst bereits in anderem noch bei den Steuerplänen en zu Beginn der Regierungsarbeit noch gar nicht absehbar.

#### Parteigremien müssen am Schluss auch noch zustimmen

Verlaufen die Koalitionsverhandlungen erfolgreich, müssen die jeweiligen Parteigremien noch zustimmen, was einige Zeit in Anspruch nehmen kann und mit Unwägbarkeiten verbunden ist. Bei der CDU entscheidet der sogenannte Bundesausschuss mit Vertretern der Parteiführung und aus den Landesverbänden über den Koalitionsvertrag, bei der CSU die Parteispitze. Die SPD plant hingegen eine Mitgliederbefragung.

Nach Ansicht von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier steht die nächste Bundesregierung vor enormen Herausforderungen. "Die Menschen wollen, dass der Staat wieder besser funktioniert, dass sie einen Termin beim Amt bekommen und die Züge fahren", sagte er der "Augsburger Allgemeinen".

Zudem müsse die Regierung für wirtschaftlichen Aufschwung und Zukunftsinvestitionen sorgen sowie die innere Sicherheit stärken. So lange die Koalitionsgespräche andauern, ist den erfahrenen Unterhändlern klar: Es ist nichts geklärt, bevor nicht alles geklärt ist. Claus Peter Kosfeld



#### **Neue Spitze des Parlaments**

# Das ist das Präsidium des 21. Bundestages

Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU) und ihre vier Stellvertreterinnen und Stellvertreter bilden das Präsidium. Keine Mehrheit fand der Kandidat der AfD-Fraktion. Wer sind die drei Frauen und zwei Männer an der Spitze des Parlaments? Ein Überblick



Unterstützen Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (CDU, Mitte) bei ihrer Arbeit: Die vier Bundestagsvizes (v.l.n.r.) Omid Nouripour (Grüne), Josephine Ortleb (SPD), Andrea Lindholz (CSU) und Bodo Ramelow (Die Linke)

#### **Zweite Frau im Staat:** Julia Klöckner

den Bundestag einzog, wurde sie Leute und mit Augenmaß fürs Möglirasch Schriftführerin im Plenum. Seitdem hat die Pfälzerin aus Bad Kreuznach viele Funktionen und Aufgaben gehabt, ihr Wikipedia-Eintrag gehört zu den längeren unter den Abgeordneten des Bundestags.

Nun also übernimmt die 52-Jährige das zweithöchste Staatsamt. Bei der Wahl in der konstituierenden Sitzung am Dienstag erhielt sie 382 Ja-Stimmen bei 204 Nein-Stimmen. Als Bundestagspräsidentin ist sie nun Dienstherrin von 3.200 Mitarbeitern der Verwaltung, zu der auch eine eigene Polizei mit rund 200 Beamten

Damit hatte Klöckner wohl nicht gerechnet, als sie 2001 einen Anruf erhielt. "Kannst du dir vorstellen, für den Bundestag zu kandidieren", fragte man sie, "überleg's dir bis heute Nachmittag". Klöckner sagte ab. Ein Freiticket war es, ein per Landesliste garantierter Wechsel ins Parlamentarierleben. Als man sie drei Wochen später erneut fragte, sagte sie zu. Den Wahlkreis Kreuznach gewann sie da zwar nicht, 2005 und 2009 schon.

Es war ein Kaltstart in die Politik, eine Ochsentour durch den Parteiapparat hat sie nicht absolviert, doch Klöckner fiel auf: 1997 der CDU beigetreten, studierte sie Politik und Theologie, arbeitete als Lehrerin und

schließlich als Journalistin. Acht Jahre war Klöckner Chefredakteurin des Weinmagazins "Sommelier". Passend, denn Klöckner war vom Fach: Sie stammt aus einer Winzerfamilie, Den parlamentarischen Betrieb wurde 1995 gar zur Deutschen Weinkennt sie aus dem Effeff: Als Julia königin gewählt. "Ich orientiere mei-Klöckner im Jahr 2002 erstmals in ne Politik an den Bedürfnissen der

> werde darauf achten, dass wir ein zivilisiertes Miteinander pflegen.

> > JULIA KLÖCKNER

che", sagte sie 2010 dieser Zeitung. Den Ruf einer Volkstribunin hatte sie sich da längst erarbeitet.

In den Zehnerjahren wechselte sie in die Landespolitik, wurde 2010 Parteivorsitzende in Rheinland-Pfalz. Zweimal war sie erfolglose Spitzenkandidatin und Oppositionsführerin im Landtag. Bei parteiinternen Wahlen erzielte sie jedoch stets hohe Zustimmungswerte. Auch bundespolitisch äußerte sich Klöckner immer wieder; seit 2012 ist sie stellvertretende Bundesvorsitzende. 2018 folgte der Ruf ganz nach Berlin: Klöckner amtierte bis 2021 als Bundeslandwirtschaftsministerin, zog nach der Wahlniederlage der Union wieder in den Bundestag ein und wurde 2022 Schatzmeisterin ihrer Partei.

Nach Annemarie Renger (SPD) und Rita Süssmuth (CDU) sowie ihrer Amtsvorgängerin Bärbel Bas (SPD) ist Klöckner nun die vierte Frau an der Spitze des Parlaments. "Unsere freiheitliche Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit", sagte sie in ihrer Antrittsrede. Sie werde nicht nur zur Einhaltung der Redezeiten auf die auch recht." Jedenfalls ist Nouripour, worden. Genug, beschieden die El-Uhr schauen, sondern auch hinhören - zum Rednerpult und in den Saal hinein. Dabei gebe es einen Gradmesser, nämlich den Anstand. "Ich werde darauf achten, dass wir ein zivilisiertes Miteinander pflegen", betonte sie. Denn wie man im Plenum Argumente austausche, habe Einfluss auch auf gesellschaftliche Debatten. "Seien wir grundsätzlich bereit, dem anderen zuzuhören und seine Beweggründe verstehen zu wollen, auch wenn man sie vielleicht nicht teilt", appellierte sie. Die Mehrheit habe nicht automatisch recht, die Minderheit aber auch

Ein einnehmendes Wesen wird sie benötigen. Die Debatten unter der Glaskuppel könnten rauer werden, die Anzahl der zu lösenden Probleme zunehmen. Da wird es all die gesammelten Erfahrungen brauchen: als Weinkönigin, als Lehrerin, als Journalistin – und als Politikerin.

#### **Der erste grüne Mann: Omid Nouripour**

Wie Omid Nouripour als Vize-Bundestagspräsident möglicherweise die Plenumssitzungen leiten wird, verrät vielleicht ein Interview, das er einmal der "Bild"-Zeitung gab und in dem er eine nachsichtige Seite offenbarte: Seine Frau, sagte er, sei überzeugt, er erziehe den gemeinsamen Sohn zu lasch. "Sie ist da konsequenter und strenger als ich. Sie verdreht oft die Augen und meint, ich würde unseren anderer durch Giftgas verletzt und Sohn verziehen. Damit hat sie sicher seine Schwester einmal verhaftet 49. Grünen-Abgeordneter seit 2006. eher als ausgleichende Persönlichkeit in den Bundestagsfluren bekannt.

Als Nachrücker kam er damals nach Berlin, und zwar für den ehemaligen Parteigranden und Außenminister Joschka Fischer – wie er aus Hessen. Rasch übernahm Nouripour in der Fraktion Verantwortung, wurde zuerst sicherheitspolitischer Sprecher, dann außenpolitischer Sprecher. 2022 dann der vorläufige Höhepunkt: Damals wurde er gemeinsam mit Ricarda Lang Co-Bundesvorsitzender der Grünen, kurz zuvor hatte er im Wahlkreis Frankfurt II das Direktmandat errungen. Im Dauerzwist der Ampel-Koalition zerrieben, traten die beiden 2024 zurück.

Und nun ein furioses Comeback durch eine Kampfabstimmung: Nouripour setzte sich gegen Katrin Göring-Eckardt und Claudia Roth durch, die beide schon Bundestagsvizepräsidentinnen waren. Erstmals schicken die Grünen nun einen Mann in dieses Amt. Bei der Wahl im Plenum erzielte er das zweitbeste Ergebnis: 432 Ja- bei 156-Nein-Stimmen.

"Ich bin durch und durch Frankfurter", sagte er der "Bild". Doch für sich als Bundestagsvize warb Nouripour auch mit seinem Migrationshintergrund: Bis zum 13. Lebensjahr wuchs er in Teheran auf. Seine Eltern verließen mit ihren Kindern den Iran wegen des Kriegs gegen den Irak. Mit 14 Jahren hätte Nouripour Junior nicht mehr einfach ausreisen können. Ein Onkel war bereits hingerichtet, ein tern. Die beiden Luftfahrtingenieure, der Vater mit der Zusatzausbildung zum Volkswirt und die Mutter zur Biologin, hatten als Touristen in den Siebzigerjahren in Frankfurt am Main eine Wohnung erworben.

Schon als Schüler jobbte Nouripour, auch nach dem Abitur und im Studium. Er habe "Geld und Erfahrungen" als Hotel-Aushilfe, Zeitungsausträger,

Wo kommst du her? Bei den Grünen stellte man diese Frage nicht, es war nicht wichtig. OMID NOURIPOUR

Bücherverkäufer, Küchenhilfe, Kellner und Museumswärter" gesammelt, schreibt er auf seiner Webseite. Auch begann er früh, sich politisch zu engagieren. "Ich schaute mich um, besuchte Treffen von SPD und Grünen", so Nouripour. "Bei der SPD wurde ich gleich gefragt: ,Wo kommst du her?'. Bei den Grünen stellte man diese Frage nicht, es war nicht wichtig." Mit Anfang 20 trat er den Grünen bei, war zwischen 1999 und 2003 Landesvorsitzender der Grünen Jugend. Verschiedene Studiengänge

begann er, brach aber ab; die Politik hatte ihn da ganz erfasst, 2002 war er hauptamtliches Bundesvorstandsmitglied der Grünen geworden. Und irgendwann galt er als unverzichtbar mit seiner integrativen Art.

Dabei schien seine politische Zukunft zuletzt ungewiss zu sein. Bei der Bundestagswahl im vergangenen Februar verlor er wieder seinen Wahlkreis mit 26,4 Prozent der Erststimmen knapp gegen den CDU-Bewerber Leopold Born (27,4 Prozent). Etwas mehr als 1.700 Stimmen betrug der Unterschied. "Lebbe geht weider", schrieb er einen Tag danach auf der Plattform X. Und dann wendete sich das Blatt. Denn Born zog wegen des neuen Wahlrechts gar nicht ein, weil die CDU nicht auf genügend Zweitstimmen kam. Bei Nouripour dagegen zog die Landesliste.

#### **Die Gastronomin: Josephine Ortleb**

Gastronomen haben schon einen gewissen Einblick in die Gesellschaft. Leute kommen zu ihnen, die Theke ist lang, der Abend irgendwann auch; da hört man sich einiges an. Doch das meinte SPD-Parteichef Lars Klingbeil vermutlich nicht, als er Josephine Ortleb, Tochter von Restaurantinhabern und selbst staatlich geprüfte Gastronomin, als nominierte Vize-Bundestagspräsidentin gleich zweimal für ihren Erfahrungsschatz lobte: Sie sei eine "erfahrene Parlamentarierin", die immer wieder Führungsstärke gezeigt habe, sagte er. Es sei angesichts der zu erwartenden ereignisreichen Jahre wichtig, dass "erfahrene Kräfte" im Parlament Verantwortung tragen.

Die Saarländerin sitzt seit 2017 im Bundestag. Zu dessen bekannten Gesichtern gehörte sie bislang nicht. Doch wer sich im politischen Berlin umhört, merkt schnell, dass man sich über die 38-Jährige nur Gutes erzählt. Vielleicht ist es das, was Klingbeil meinte, als er Ortleb eine "integrative Kraft" in der SPD nannte. Wiederholt habe sie ihren Wahlkreis mit einem starken Erststimmenergebnis gewonnen. Das zeige, dass die Menschen ihr vertrauten. Zur Bundestagsvize wurde Ortleb so auch mit 434 Ja-Stimmen bei 145 Nein-Stimmen gewählt – das beste Ergebnis aller Präsidiumsmitglieder.

Ortlebs Heimat ist Saarbrücken. Dort wurde sie geboren, dort wuchs sie auf. Ihre Eltern führten ein Restaurant, da hieß es früh, mit anzupacken. "Als Familienbetrieb haben wir immer den Einsatz aller gebraucht", schreibt sie auf ihrer Website, "und so habe ich schon während meiner Schulzeit angefangen, dort zu arbeiten." Nach dem Abitur studierte sie Vizepräsidentin der Bundesvereiniein Semester lang Sozialwissenschaften in Köln und ein Jahr lang Politik-

Dass Menschen diskriminiert werden, war für mich immer unverständlich.

JOSEPHINE ORTLEB

management an der Hochschule Bremen. Jedoch: "Später probierte ich vieles aus und entschied mich schließlich, in Saarbrücken zu bleiben und eine Ausbildung zur Restaurantfachfrau zu absolvieren", beschreibt es Ortleb rückblickend. Da hatte sie längst angefangen, sich politisch zu engagieren.

Mit Anfang 20 trat sie in die SPD ein, agierte zwischenzeitlich als Landesgeschäftsführerin der SPD-Jugendorganisation Jusos und wurde 2014 für den Ortsverein St. Johann, dessen stellvertretende Vorsitzende sie war, in den Saarbrücker Stadtrat gewählt. Recht schnell merkten die saarländischen Sozialdemokraten: Da könnte noch mehr gehen – manche Menschen strahlen das aus. Also wurde die junge Frau 2016 Wahlkreiskandidatin für den Bundestag, der Rest ist

bekannt. 2020 wählte sie die SPD-Fraktion zur Parlamentarischen Geschäftsführerin. Sie habe bewiesen, dass sie ein Profi sei, lobte Klingbeil. Sie wird es gerne hören: Die Gleichstellung der Frau sei ein Grundmotiv für ihr Engagement, betont die Mutter eines jungen Sohnes und meint damit: Gleichberechtigte Teilhabe am Erwerbsleben, Schutz vor Gewalt, das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Der Kampf gegen überkommene Rollenbilder ist ihr wichtig: "Mit dem Vater zum 1. FC Saarbrücken - als junge Saarbrückerin eine Selbstverständlichkeit", schreibt sie auf ihrer Website. Seither ist sie leidenschaftlicher Fan des FCS. Der Zusammenhalt unter den Fans der Blau-Schwarzen habe sie geprägt. Doch auch die Erfahrungen mit "rechten Chaoten", so Ortleb. "Mit meinen blauen Haaren und bunten Klamotten war ich Projektionsfläche für ihre verquere Weltansicht. Der Gedanke, dass Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Religion, Hautoder Haarfarbe, Sexualität oder sexuellen Orientierung diskriminiert werden, war für mich immer unverständlich."

Im neuen Amt wird nun mehr Scheinwerferlicht auf Ortleb fallen. Das hat Lars Klingbeil einkalkuliert: Sie werde "eines der prägenden Gesichter der Sozialdemokratie" sein.

#### **Die Innenexpertin: Andrea Lindholz**

Es gibt Personen, bei denen man denkt: Dieses Amt ist ihr auf den Leib geschnitten. Das passt. Für Andrea Lindholz, seit 2013 direkt gewählte CSU-Bundestagsabgeordnete Stadt und Landkreis Aschaffenburg, gilt dies in Bezug auf ihre neue Aufgabe gewiss: Die bisherige stellvertretende Vorsitzende der Unionsfraktion bewies öfter, dass sie über den Tellerrand ihrer Partei hinausblickt und mehr vereint als trennt. Im letzten Jahr erarbeitete die heute 54-jährige Rechtsanwältin und Innenexpertin etwa gemeinsam mit Abgeordneten von SPD, FDP und Grünen einen Gesetzentwurf, der das Bundesverfassungsgericht vor einer Blockade durch Extremisten schützen soll.

Auch das Parlament müsse resilienter werden, ist Lindholz überzeugt: "Wir erleben im Inneren und von außen Angriffe auf unser Parlament", so die Bundestagsvizepräsidentin, die 425 Ja-Stimmen bei 132 Nein-Stimmen erhielt. Umso wichtiger sei es, dass der Bundestag "effizient und handlungsfähig" sei, dazu wolle sie beitragen.

Wie wichtig das gerade in außergewöhnlichen Situationen ist, weiß die gung des Technischen Hilfswerks genau. Als Vize-Landrätin sei sie einmal zu einem Großbrand gerufen worden, erzählte sie Jahre später dieser Zeitung, und sei beeindruckt gewesen vom "perfekte Zusammenspiel zwischen Feuerwehr und Rotem Kreuz". Die Bedeutung gut organisierter Einsatzkräfte sei ihr schon bewusst gewesen, "aber vor Ort machte es nochmal Klick".

Seitdem ist bei ihr viel passiert, viele Ämter kamen, meist mit einen "Vize" davor. Doch gerade dafür braucht es auch Talent. Die Mutter eines erwachsenen Sohnes gilt nicht als eine, die sich vordrängt, die Kameras sucht. Wichtiger scheint ihr Verlässlichkeit zu sein. In ihrer Kindheit war sie Schülersprecherin und Kassiererin im Reitverein, als Jugendliche kurz bei den Grünen, weil sie sich für FCKW-freie Sprays einsetzte. "Aber die waren mir zu einseitig", erinnert sich Lindholz. Die FDP sei wegen ihrer "einseitigen wirtschaftlichen Betrachtungsweise" für sie gar nicht in Frage gekommen. Schließlich entschied sich Lindholz für jene Partei, die ihr am meisten Volkspartei zu sein schien – auch dort stets auf der Suche nach dem größten gemeinsamen Nenner.

In Bonn geboren, kam Lindholz mit ihren Eltern als Kind nach Aschaffenburg. Ein Jahr vor ihrem zweiten juristischen Staatsexamen trat sie der CSU bei. Schon drei Jahre später wurde sie 2002 Gemeinderätin in Goldbach und zog in den Aschaffenburger Kreistag ein - dem sie bis heute angehört. Und auch in Bayern muss sie

Das Parlament muss resilienter gegen Angriffe im Inneren und von außen werden. ANDREA LINDHOLZ

zuweilen den Ausgleich suchen, vermittelt innerhalb der CSU, dass Bayern nicht nur aus Oberbayern besteht, "auch wenn die Oberbayern das manchmal denken". Allein in Bezug auf Verkehr und Wirtschaft orientiere sich ihre Region mehr hin zum Rhein-Main-Gebiet, "dafür müssen wir die Leute in München hin und wieder sensibilisieren". Es klingt mehr verständnisvoll als belehrend. Ihre Art, nicht automatisch die erste Reihe anzustreben, kann bei der neuen Aufgabe helfen. Die CSU-Politikerin scheint stets nach Lösungen zu suchen. Einmal erzählte sie von einer Plenarsitzung, die weit nach Mitternacht geendet hatte. Am nächsten Morgen, wieder im Büro, kam sie mit dem Vorschlag: "Entweder wir straffen die Tagesordnungen oder verschaffen uns mehr Sitzungswochen." Auf Facebook preist Lindholz das Engagement der 30 Millionen Menschen im Ehrenamt: "Ohne sie geht es oft nicht." Das scheint für Lindholz im Bundestag ebenfalls zu gelten.

#### **Die Silberlocke: Bodo Ramelow**

Am Ende brauchte seine Partei gar nicht die "Mission Silberlocke". In einer furiosen Aufholjagd erreichten die Linken bei der letzten Bundestagswahl 8,8 Prozent der abgegebenen Stimmen – da bedurfte es nicht mehr der Wahlkreissiege von Gregor Gysi, Dietmar Bartsch und Bodo Ramelow, um mithilfe ihrer Direktmandate die Fünf-Prozent-Hürde zu umgehen. Und dennoch schlug der Einzug des Letzteren in den Bundestag ein neues Kapitel in dessen politischen Leben auf.

Ramelow, 69, war schon einmal im Bundestag, zwischen 2005 und 2009. Doch die meisten Deutschen kennen ihn aus einer anderen Zeit: Der Sohn eines Lebensmittelkaufmanns und einer Hauswirtschaftsleiterin regierte das Bundesland Thüringen zwischen 2014 und 2020 und noch einmal von 2020 bis 2024 als bisher einziger Ministerpräsident seiner Partei. Dabei erreichte er als "Landesvater" Zustimmungswerte, die über die der Linken hinausgingen. Ungewöhnlich für jemanden, den einige als "Wessi" titulierten, weil er in Osterholz-Scharmbek bei Bremen aufgewachsen war. Auf seiner Website teilt Ramelow eine Erinnerung an diese Zeit: "Als Kinder haben wir in Norddeutschland gelernt, auf großen Eisflächen Schlittschuh zu laufen", schreibt er. Einmal sei er dabei eingebrochen und nur durch das "rasche und beherzte" Eingreifen seines Bruders in Sicherheit gebracht worden. "Ein ausgezogener Pullover wurde schnell zur Rettungsleine."

Ramelows Vater starb an den Folgen einer Gelbsucht, die er als Soldat im Zweiten Weltkrieg erlitten hatte, der Sohn war damals elf Jahre alt. Die Familie zog nach Rheinhessen, später an die Lahn zwischen Marburg und Gießen. Nach der Hauptschule erlernte er in den Siebzigern den Kaufmannsberuf im Einzelhandel, machte die Mittlere Reife und danach die kaufmännische Fachhochschulreife. Währenddessen absolvierte er die IHK-Prüfung zum Ausbilder und arbeitete unter anderem bei der Karstadt AG, später als Filialleiter bei der Jöckel Vertriebs GmbH Marburg.

In den Achtzigern wurde Ramelow Gewerkschaftssekretär in Mittelhessen, in den Neunzigern Landesvorsitzender der Gewerkschaft HBV (heute ver.di) im benachbarten Thüringen. 1999 folgte schließlich der Eintritt in die PDS und noch im selben Jahr die Wahl in den Landtag; halbe Sachen scheinen selten sein Ding gewesen zu sein. In den nächsten Jahren wechselte der gläubige Christ, der in der Bundestagsfraktion auch Religionsbeauftragter war, zwischen Landund Bundestag hin und her. Ramelow

> Es ist ein Déjà-vu, 20 Jahre nach meinem ersten Einzug in den Bundestag zurückzukehren.

> > BODO RAMELOW

wurde 2004 Bundeswahlkampfleiter der PDS, fungierte als Verhandlungsführer bei den Gesprächen mit der WASG über eine Fusion zur Linkspartei und wurde 2005 zu deren Vize-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag gewählt.

20 Jahre später dorthin zurückzukehren, sei für ihn ein "Déjà-vu", so Ramelow in einem TV-Interview. Er hat, wie angestrebt, im Wahlkreis Erfurt/ Weimar/Weimarer Land das Direktmandat geholt. Seine - wenn auch knappe - Wahl (318 Ja- zu 256 Nein-Stimmen) nun gar zum Bundestagsvizepräsidenten sei, so kommentierte es die Thüringer Linken-Vorsitzende Ulrike Grosse-Röthig, "Vertrauensbeweis und Anerkennung" seiner Fähigkeit zur überparteilichen Arbeit. Auf Ramelow kommt nun die Aufgabe zu, moderierend auf die Abgeordneten einzuwirken. In Thüringen hat er dafür reichlich Erfahrungen gesammelt: Dort regierte seine rot-rotgrüne Minderheitskoalition am Ende nur dank eines Stabilitätspakts mit der oppositionellen CDU. Jan Rübel



Die Sitzungsleitung kann neben dem Läuten der Glocke auch härtere Ordnungsmaßnahmen im Plenum ergreifen. Das Ordnungsgeld wollte Bundestagspräsidentin Bärbel Bas zuletzt erhöhen, nun ist es an ihrer Nachfolgerin Julia Klöckner, darüber mit zu entscheiden.

6 **MEINUNG** Das Parlament | Nr. 14-15 | 29. März 2025

### **GASTKOMMENTARE: NEUER ANLAUF FÜR PARITÄT?**

#### Mann kann auch zur Seite rücken

#### Den Fuß in jede offene Tür setzen

#### **PRO**

an muss nicht groß nachzählen, es ist ja sichtbar mit einem Blick in den Plenarsaal: Die Frauen sind dort deutlich in der Unterzahl. Nur knapp ein Drittel der Abgeordneten sind weiblich, der Anteil ist im neuen Bundestag gerade mal wieder etwas gesun-

Seit Ende der 1990er Jahre bewegt sich in dieser Angelegenheit nicht mehr viel. Es ist ein Armutszeugnis für die Politik, insbesondere für die Fraktionen, die das Ungleichgewicht verursachen.

Vor allem Männer sind es also, die im Parlament die Geschicke des Landes bestimmen, die entscheiden, wie es weitergeht mit den Steuern, dem Klimaschutz, der Pflegeversicherung, darüber, was finanziert und wo gekürzt werden soll.

Und weil das Parlament ein wichtiger Personalpool ist, sowohl für Regierungsposten als auch beim Aushandeln von Koalitionsverträgen, setzt sich das anderweitig fort. Dass die Männer einfach bei allen Themen besser Bescheid wissen, lässt sich ausschließen. Und der Hinweis, dass Leistung bei der Postenvergabe das entscheidende Kriterium sei, ist zwar richtig, wird allerdings interessanterweise meist nur angebracht, wenn mal wieder eine Frau befördert wird.



**Daniela Vates** 

jeden Preis" auf Seite 1:

Die essenziellen Investitionen für

das Wohl unseres Landes dürfen

nicht nur in die Rüstungsindustrie

gehen, sondern müssen auch effek-

tive Verteidigungs- und Sicherheits-

maßnahmen garantieren. Wir kön-

nen uns nicht weiter auf die Hilfe

anderer Länder wie die USA verlas-

sen, sondern müssen auch in der

Lage sein, unsere Grundsätze: De-

mokratie, Frieden und Freiheit, au-

prioritär Geld in die Hand genom-

men werden für die innere Sicher-

heit und Ordnung im eigenen Land.

Mann hat sich offenbar gut eingerichtet darin, sagen zu können, wo es lang gehen soll. Dass es nicht genügend Frauen gebe, die für die Politik bereitstehen, ist eine faule Ausrede. Wenn kluge Frauen absagen, sollte keine Partei mit den Schultern zucken, sondern sich fragen, wo wohl der strukturelle Fehler liegt.

All das ist seit Jahren bekannt, in vielen Pargelten mittlerweile nicht umsonst Quoten bei Gremienbesetzungen. Dies auch im Wahlrecht festzuschreiben, könnte verfassungsrechtlich schwierig werden. Kann Mann nichts machen? Oh, doch! Einfach mal zur Seite rücken. Daniela Vates

Die Autorin ist Chefkorrespondentin im Hauptstadtbüro des Redaktionsnetzwerks Deutschland.

### **CONTRA**

s hat nichts genutzt: Weder die Quote noch glänzende Rollenvorbilder noch Mentoring- und Förderprogramme haben den Frauenanteil im Parlament stabilisiert. Im neuen Bundestag sitzen weniger Frauen als zuvor, und es sieht so aus, als würde auch das künftige Bundeskabinett nicht paritätisch besetzt. Schon bricht die alte Debatte nach schärferen Regeln und gesetzlichen Vorschriften von vorne an. Sie kommt zur falschen Zeit, Leider,

In den ersten zwanzig Jahren dieses Jahrhunderts bestimmten die sogenannten progressiven Milieus den öffentlichen Diskurs. Der gerechte Anteil von Frauen in Führungspositionen in Politik und Wirtschaft hatte genauso Konjunktur wie das Elterngeld. Überspitzt könnte man sagen: Die Themen des Prenzlauer Bergs waren die Themen des Landes. Sie wurden politisch durchgesetzt, oder zumindest angepackt. Was geregelt werden konnte, wurde geregelt.

Das hat sich mittlerweile geändert. Heute machen eher die Themen des Vogtlandes Karriere. In den USA wird das Fenster für Parität, Diversität und Gleichstellung gerade krachend zugeschlagen. Und auch bei uns in Deutschland schließt es sich derzeit, leiser zwar, und hoffentlich nur vorübergehend. Aber unverkenn-



Ursula Weidenfeld

© Ursula Weidenfeld/Marc Darching

Es ist bitter, dass und wie Frauen wieder aus der politischen Öffentlichkeit gedrängt werden. Eine politische Top-Down-Lösung wird es auf absehbare Zeit nicht geben. Stattdessen müssen sich Frauen, die LGBTQ-Gemeinde, Minderheiten, wieder einmal ein dickes Fell zulegen. Sie müssen ihren Fuß in jede Tür setzen, die so gerade offensteht. Im Bundestag nicht nur das Präsidium, sondern auch den Vorsitz in Ausschüssen beanspruchen, um Ministerinnen-, Fraktions- und Parteivorstandsposten boxen. Nicht weggehen, wenn sie eine Niederlage einstecken müssen. Das sind sie nicht nur ihren Vorgängerinnen und Nachfolgerinnen schuldig. Sie schulden es sich selbst. Ursula Weidenfeld

> Die Autorin arbeitet als freie Journalistin.

#### *M*EDAS**PARLAMENT**

Herausgeber: Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 x (verantwortlich: Bundeszentrale für politische

Leserservice/Abonnement:

Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363, 82034 Deisenhofen Telefon (0.89) 8.58.53-8.32, Telefax (0.89) 8.58.53-6.28.32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15, Telefax (0 30) 2 27-3 65 24

Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion@das-parlament.de

Chefredakteur: N.N.

Stellvertretender Chefredakteur:

Redaktion: Dr. Stephan Balling (bal), Lisa Brüßler (lbr), Carolin Hasse (cha) (Volontärin), Claudia Heine (che), Ni-na Jeglinski (nki), Claus Peter Kosfeld (pk), Johanna Metz (joh), Sören Christian Reimer (scr) CvD, Sandra Schmid (sas), Michael Schmidt (mis), Denise Schwarz (des), Helmut Stoltenberg (sto), Alexander Weinlein (aw)

Fotos: Stephan Roters

Redaktionsschluss: 28. März 2025

Layout: DIGITALE KREATIV AGENTUR, Thorsten ng, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

Druck: Zeitungsdruck Dierichs GmbH & Co. KG ne-Reichard-Straße 1, 34123 Kassel

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition:

Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363, 82034 Deisenhofen Telefon (089) 85853-836, Telefax (089) 85853-62836 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten). Alle Preise inkl. 7%

Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbe dingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nach-druck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke

"Das Parlament" ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V. (IVW)

Für die Herstellung der Wochenzeitung "Das Parlament" wird Recycling-Papier verwendet.



Wir vermeiden CO₂ durch den

#### **LESERPOST**

Zur Ausgabe 13 vom 22.3.2025, "Um Zur Ausgabe 13 vom 22.3.2025, rahmens ist ein riskantes Unterfan-"Kann Deutschland sich das leisten?" auf Seite 5:

Niemand bestreitet, dass wir uns in einer schwierigen geopolitischen Lage befinden. Die Bedrohung durch Wladimir Putin und die Unsicherheit im internationalen politischen Raum erfordern eine Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit. Ähnlich verhält es sich mit der Infrastruktur, die für die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in eitark zu schützen. Es muss auch ner globalisierten Welt von entscheidender Bedeutung ist. Allerdings stellt sich die Frage, ob das Schuldenpaket wirklich notwendig Gabriele Reichert, ist, um diese Ziele zu erreichen Hanau Merz' Plan zur Öffnung des Kredit-

gen, das langfristig zu einer enormen Belastung für die kommenden Generationen führen wird. Warum nicht die erforderlichen Investitionen gezielter und nachhaltiger umsetzen, anstatt eine riesige Schuldenlast zu erzeugen, die später die Finanzlage Deutschlands noch weiter belasten wird? Kurzfristig mag der Schuldenberg durch Investitionen in die Verteidigung und Infrastruktur die wirtschaftliche Stabilität stärken, aber langfristig drohen die Folgen einer solch gigantischen Verschuldung die öffentliche Haushaltslage zu überlasten.

Elke Bartholdi, Heide

#### **SEITENBLICKE**



#### **AUFGEKEHRT**

#### Glückliche dänische »Bitches«

ette Nietzard, Co-Vorsitzende der Grünen Jugend, ist immer für eine handfeste Provokation zu haben. Vor allem, wenn sie damit alte weiße Männer in Horden auf die Palme bringen kann. Aktuell tut sie das mal wieder mit ihrem bahnbrechenden feministischen Manifest "Bitches brauchen Gerechtigkeit" auf dem Internet-Portal "Watson". Der Boomer-Generation sei an dieser Stelle vorsorglich versichert, dass "Bitch" (deutsch: Schlampe, Prostituierte) in diesem Fall keine Beleidigung ist, sondern ein verbaler Akt weiblicher Selbstermächtigung. Apropos Akt: Nietzard stellt auch die Frage in den Raum, warum Frauen "bei Männern in Heterobeziehungen bleiben" sollten, "wenn sie 30 Prozent weniger zum Orgasmus kommen?" Und mit Blick auf die Mütterrente stellt die "Gen-Z"-Grüne fest: "Wert sind wir nur etwas, wenn wir zur Reproduktion gedient haben." Für die Fortpflanzung braucht es ja bekanntlich nur einen männlichen Höhepunkt.

In Dänemark sieht das ganz anders aus. Über die genaue Orgasmusquote dänischer Frauen liegen zwar keine verlässlichen Zahlen vor, aber aus dem Umstand, dass Dänemark laut "World Happiness Report" das zweitglücklichste Land der Erde ist, lassen sich natürlich gewisse Rückschlüsse ziehen. Und damit nicht genug: In Sachen Gleichstellung marschieren die Skandinavierinnen traditionell eh immer vorne mit – demnächst sogar im Gleichschritt. Nach Schweden und Norwegen hat Dänemark nun als drittes Land in Europa die Wehrpflicht für Frauen eingeführt. Im Land von Softeis und Pølser sollen die jungen Frauen und Männer jedoch nur über ein Losverfahren zu den Waffen gerufen werden, wenn sich nicht genügend Freiwillige melden. In jedem Fall verkündete Dänemarks Verteidigungsminister Troels Lund Poulsen die "vollständige Gleichstellung von Frauen und Männern". Glückliche dänische "Bitches". Alexander Weinlein ■

NACH DER KONSTITUIERUNG Das Parlament | Nr. 14-15 | 29. März 2025



Die Fraktionen von AfD (oben rechts) und Die Linke (unten links) verfügen im Bundestag zusammen über 216 der 630 Sitze.

#### **Opposition**

# Ränder mit viel Macht

Grundgesetzänderungen wird es ohne AfD oder Linke im neuen Bundestag nicht geben. Politisch dürfte es auch für Untersuchungsausschüsse schwierig werden

der Sitzordnung der 630 Abgeordneten eines deutlich abzulesen: der Zuwachs der Parteien an den Rändern. Während die Mitte von CDU/CSU, SPD und Grünen besetzt ist, nimmt der rechte Block, vertreten durch die AfD, mit 152 Abgeordneten fast ein Viertel haben 64 Abgeordnete der Linken Platz. se zu ermöglichen. Zusammen sind die beiden Fraktionen Der Umgang mit der AfD-Fraktion ist nun so groß, dass sie die Fraktionen in seit dem Einzug der in Teilen rechtsexder Mitte stark beeinflussen können.

Dies könnte bei weitreichenden politischen Entscheidungen wie Grundgesetzänderungen relevant werden. AfD und Linke verfügen zusammen über mehr als ein Drittel der Sitze im Parlament und damit über eine Sperrminorität. Wollte eine mögliche schwarz-rote Koalition beispielsweise das Grundgesetz ändern, wofür eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist, müsste sie nicht nur die Grünen überzeugen, sondern auch die Zusammenarbeit mit einer der beiden anderen Fraktionen suchen. Mit der AfD schließen die anderen Fraktionen eine Zusammenarbeit jedoch kategorisch aus, die Linke ist für die Union ein rotes Tuch.

Dieses politische Kalkül war einer der Gründe, warum CDU/CSU und SPD noch im alten Bundestag auf eine Grundgesetzänderung zur Lockerung der Schuldenbremse und auf das 500-Milliarden-Sondervermögen für Investitionen drängten. Seinerzeit reichte aber sechs Sitze entfernt. Mit 158 Stimes mit der Unterstützung der Grünen.

#### Ministerpräsident Günther offen für Zusammenarbeit mit Linken

Allerdings haben Union und SPD bereits angekündigt, die Schuldenbremse bis Ende des Jahres erneut reformieren zu wollen. Auch dafür wäre eine Zweidrittelmehrheit nötig. Der wahrscheinlich künftige Bundeskanzler Friedrich

ei der konstituierenden Sitzung Merz (CDU) müsste dann nicht nur mit des neuen Bundestags am den Grünen, sondern auch mit der Lin-Dienstag dieser Woche war an ken verhandeln. Ein solcher Schritt wäre für die CDU ein erheblicher Richtungswechsel – findet aber in der Partei Unterstützung. Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther (CDU) warb Anfang der Woche mit Verweis auf die Mehrheitsverhältnisse für Gespräche mit der Linkspartei, um eine des Saales ein. Auf der anderen Seite umfassende Reform der Schuldenbrem-

> tremen Partei in den Bundestag 2017 kompliziert, und das dürfte auch so bleiben. "Der AfD geht es nur um Posten, nicht um echte Politik", sagte SPD-Parlamentsgeschäftsführerin Katja Mast. Wie schon in den vergangenen beiden Legislaturperioden(siehe Seite 8) stellt die AfD-Fraktion vorerst keinen Vizepräsidenten im Präsidium. Ihr Kandidat Gerold Otten scheiterte am Dienstag in drei Wahlgängen. Auch bei der Besetzung der Ausschussvorsitze oder der Mitgliedschaft in sicherheitsrelevanten Gremien wie dem Parlamentarischen Kontrollgremium zeichnen sich erneut Konflikte ab. Doch die aktuelle AfD-Fraktion, die doppelt so groß ist wie in der vorigen Wahlperiode, kann mit Geschäftsordnungsanträgen und -debatten den Ablauf von Bundestags-, Ausschuss- und Ältestenratssitzungen beeinflussen und bremsen. Von einem 25-Prozent-Ouorum, das der Minderheit besondere Rechte verleiht, ist die AfD-Fraktion men ließen sich Untersuchungsausschüsse und Enquête-Kommissionen einsetzen und bestimmte Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht erzwingen. Ein Viertel der Abgeordneten kann außerdem ein konstruktives Misstrauensvotum beantragen.

> Aber auch Grüne und Linke kommen selbst gemeinsam nicht auf die notwendigen Stimmen. Da beide Fraktionen nicht mit der AfD zusammenarbeiten

wollen, scheint es derzeit kaum möglich, dass die Opposition im 21. Deutschen Bundestag etwa einen Untersuchungsausschuss durchsetzen kann.

Die Abgeordneten der Linken können sich indes wieder über den Fraktionsstatus freuen. Nach der Auflösung der Fraktion Ende 2023 hatten die Abgeordneten als Gruppe im Vergleich zu einer Fraktion deutlich weniger Rechte, was beispielsweise die Positionierung von Themen auf der Tagesordnung, die Beantragung von Aktuellen Stunden oder die Anzahl der Kleinen Anfragen betraf. Sören Pellmann, Co-Fraktionsvorsitzender, machte Anfang der Woche deutlich, welche politischen Schwerpunkte der Partei wichtig sind: "Wir wollen mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Mieterschutz, und wir sind Friedenspartei."

#### Die Grünen sortieren sich neu und gehen in die Opposition

Für die 85 Abgeordneten der Grünen begann die Legislatur mit einem Machtkampf. Mit dem Ausscheiden aus der Regierung fallen viele Posten weg, und die Partei muss sich offenbar erst an die neue Rolle gewöhnen. Für den Posten des Bundestagsvizepräsidenten hatte sich neben Claudia Roth, bislang Kulturstaatsministerin, und Omid Nouripour, Ex-Parteichef der Grünen, auch die bisherige Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt beworben. Nouripour wurde im internen Ausscheid im dritten Wahlgang gewählt. Die Fraktionsführung hielt es für besser, das Abstimmungsergebnis nicht zu veröffentlichen. Britta Haßelmann und Katharina Dröge bleiben an der Fraktionsspitze. Sie haben nach ihrer Wahl am Montagabend umschrieben, wie der neue Kurs aussehen soll: Aggressiver und angriffslustiger wollen die Grünen auftreten, aber staatstragend bleiben. "Mit klarer Haltung, hart und konsequent und in Verantwortung für das Land", sagte Haßelmann. Nina Jeglinski 🏻

#### Bundesregierung

### **Das Kabinett** ist nun versteinert

Bundespräsident Steinmeier entlässt Regierung Scholz

Mit der konstituierenden Sitzung des im Parlament kann der geschäfts-Bundestages am Dienstag dieser Woche startete die 21. Wahlperiode. Die Amtszeit der alten Bundesregierung ging damit offiziell zu Ende. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und 14 Ministerinnen und Minister der Ampelregierung entlassen. Dieser Vorgang ist in Artikel 69 des Grundgesetzes vorgeschrieben: "Das Amt des Bundeskanzlers oder eines Bundesministers endigt in jedem Falle mit dem Zusammentritt eines neuen Bundestages", heißt es da.

Trotzdem bleibt die Regierung Scholz erst einmal im Amt. Denn bis nach der Bundestagswahl eine neue Koalition gebildet wird und das Kabinett steht, arbeitet das alte geschäftsführend weiter.

Wegen der andauernden Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und SPD hat Bundespräsident Steinmeier den bisherigen Kanzler ersucht, geschäftsführend im Amt zu bleiben. Dieser hat seinerseits die Ministerinnen und Minister gebeten, dies gleichermaßen zu tun – ebenfalls geschäftsführend. Mit diesem Vorgehen soll ein regierungsloser Zustand verhindert werden. Ablehnen können die bisherigen Kabinettsmitglieder geschäftsführende Amtsausübung – außer bei schwerer Krankheit – jedoch nicht.

#### **Geschäftsführende Regierung hat** weitreichende Befugnisse

Die geschäftsführende Regierung kann agieren wie eine normale. So kann sie beispielsweise Gesetze oder sogar einen neuen Haushalt in den Bundestag einbringen. Auch die Ministerinnen und Minister behalten ihre Befugnisse. Sie können Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften erlassen. Das Parlament besitzt seinerseits gegenüber der geschäftsführenden Regierung dieselben Kontrollrechte wie sonst auch. Rechtlich gesehen muss sich die scheidende Regierung also nicht zurückhalten. Aufgrund der fehlenden Mehrheit im Parlament sind ihre Handlungsspielräume aber begrenzt. Außerdem gebietet es die politische Tradition, dass eine Regierung, die nur noch geschäftsführend im Amt ist, keine weitreichenden Vorhaben mehr auf den Weg bringt oder wichtige personelle Entscheigerin einschränken. Ohne Mehrheit Wirtschafts- und Steuerpolitik. nki

führende Bundeskanzler Scholz keine Vertrauensfrage nach Artikel 68 des Grundgesetzes stellen. Er amtiert in dieser Phase nicht auf der Grundlage des parlamentarischen Vertrauens des neuen Bundestages. Scholz kann nicht die Voraussetzungen schaffen, um den Bundestag aufzulösen.

Auch ein Misstrauensvotum des neu gewählten Bundestages nach Artikel 67 des Grundgesetzes ist ausgeschlossen. Das Parlament besitzt gegenüber der geschäftsführenden Regierung aber die übrigen parlamentarischen Kontrollrechte, etwa das Recht, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen.

Auch neue Minister kann Scholz nicht mehr ernennen, weil nun das sogenannte Versteinerungsgebot gilt. Wird ein Kabinettsmitglied etwa durch Krankheit amtsunfähig, werden die Aufgaben von anderen Regierungsmitgliedern übernommen.

#### **Neue Regierung und neuer Bundeskanzler bis Ostern?**

Olaf Scholz war drei Jahre, drei Monate und 17 Tage regulär im Amt. Er wird als SPD-Kanzler mit der kürzesten Amtszeit in die Geschichte eingehen. Willy Brandt (1969 bis 1974), Helmut Schmidt (1974 bis 1982) und Gerhard Schröder (1998 bis 2005) wurden mindestens einmal wiedergewählt. Noch kürzer regierten die CDU-Kanzler Ludwig Erhard (1963 bis 1966) und Kurt Georg Kiesinger (1966 bis 1969).

Eine Frist gibt es für die geschäftsführende Regierung nicht. Sie muss so lange im Amt bleiben, bis eine neue vereidigt wird. Die Zeitspanne kann sehr unterschiedlich sein. Seit der Wiedervereinigung 1990 dauerte die Bildung einer neuen Regierung zwischen 30 und 171 Tagen.

Wann es eine neue Regierung geben wird, ist offen. Wenn alles reibungslos läuft, könnten Friedrich Merz (CDU) und sein Kabinett noch vor Ostern im Schloss Bellevue ihre Ernennungsurkunden entgegennehmen. Aber dafür müssten die Koalitionsverhandlungen zwischen Union und SPD in der nächsten Woche abgeschlossen werden. Das ist möglich, aber anspruchsvoll (siehe Seite 3). Gelingt es nicht, dürfte die neue Regierung erst Ende April oder Anfang Mai stehen. dungen trifft. Denn dies würde den Zu den noch strittigen Themen gehö-Handlungsspielraum ihrer Nachfol- ren unter anderem die Migrations-,



Kanzler Scholz erhält von Bundespräsident Steinmeier die Entlassungsurkunde. ©/dpa/M. Kappeler

#### Bundestagspräsidium

# Streit um die Stellvertreter-Stellen

Die AfD ist bei der Wahl der Bundestags-Vizepräsidenten erneut leer ausgegangen. Die Besetzung der Posten sorgte schon früher für Konflikte



Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer (Mitte) leitet im Mai 1995 eine Sitzung des Bundestages in Bonn. Die Grünen-Abgeordnete war ein halbes Jahr zuvor als erstes Mitglied ihrer Fraktion in das Präsidium des Parlaments gewählt worden - mehr als elf Jahre nach dem erstmaligen Einzug ihrer Partei in den Bundestag. @ DRT/Presse-Service Steponaitis

nsgesamt 30 Mal hat die AfD-Fraktion im Bundestag während der jetzt abgelaufenen 20. Legislaturperiode eines ihrer Mitglieder als Stellvertreterin oder Stellvertreter der Bundestagspräsidentin vorgeschlagen – niemand von ihnen fand im Plenum die notwendige Mehrheit, um in das Präsidium des Parlaments einzuziehen. Nicht anders war es zuvor bereits den sechs AfD-Abgeordneten ergangen, die von ihrer Fraktion für den Stellvertreterposten in der vorherigen 19. Legislaturperiode nominiert wurden, in der die Partei erstmals im Bundestag vertreten war. Und nicht anders erging es am Dienstag dieser Woche bei der Konstituierung des 21. Deutschen Bundestages dem AfD-Kandidaten Gerold Otten, der bei der Vizepräsidentenwahl die erforderliche Mehrheit in drei Wahlgängen deutlich verfehlte (siehe Seite eins).

Dass die AfD-Fraktion einen Sitz im Bundestagspräsidium beanspruchen kann, wurde dabei nicht in Frage gestellt. Schließlich ist in der am Dienstag vom Plenum bestätigten Geschäftsord-

dem Führungsgremium jede Fraktion richtet ist, die im Organstreitverfahdurch mindestens einen Vizepräsidenten vertreten ist. Damit war und ist aber keineswegs auch für jeden vorgeschlagenen Kandidaten automatisch die erforderliche Mehrheit gesichert, die in den ersten beiden Wahlgängen bei der absoluten Mehrheit der Bundestagsabgeordneten liegt und im dritten Wahlgang bei der Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

#### AfD-Fraktion klagte erfolglos vor dem Bundesverfassungsgericht

Schon in der vorletzten Wahlperiode sah sich die AfD-Fraktion, da sie als einzige nicht im Präsidium vertreten war, in ihren parlamentarischen Rechten verletzt und schlug den Klageweg nach Karlsruhe ein. Zudem reichte sie beim Bundesverfassungsgericht einen Eilantrag ein, den Bundestag zu verpflichten, "vorläufig verfahrensmäßige Vorkehrungen für das Wahlverfahren" zu treffen. Das Verfassungsgericht lehnte den Eilantrag jedoch im Sommer 2021 als unzuläsren grundsätzlich nicht erreicht werden können". In der Hauptsache könne die Fraktion allenfalls die Feststellung einer Verletzung ihrer Rechte erreichen, nicht aber die Verpflichtung des Bundestages zu verfahrensmäßigen Vorkehrungen für künftige Wahlen eines AfD-Kandidaten für das Vizepräsidentenamt.

Im März 2022 urteilten die Verfassungsrichter dann in dem von der AfD-Fraktion angestrengten Organstreitverfahren, das in der Geschäftsordnung festgeschriebene Recht einer Fraktion, im Präsidium mit mindestens einem Vizepräsidenten vertreten zu sein, stehe "unter dem Vorbehalt der Wahl durch die Abgeordneten". Ausführlicher hieß es dazu in der Begründung, "Das Recht zur gleichberechtigten Berücksichtigung einer Fraktion bei der Besetzung des Präsidiums steht insoweit unter dem Vorbehalt der Wahl durch die Abgeordneten und kann daher nur verwirklicht werden, wenn die von dieser Fraktion vorgeschlagenen Kandidaten und Kandidatinnen die erforderliche

Der Konflikt erinnert an das Jahr 2005, als der damalige Linken-Vorsitzende Lothar Bisky bei der Wahl der Vizepräsidenten viermal durchfiel. Erst im Frühjahr 2006 wurde statt Bisky seine Fraktionskollegin Petra Pau ins Präsidium gewählt. Sie wurde noch viermal -2009, 2013, 2017 und 2021 - in diesem Amt bestätigt, bevor sie für den jetzt neu konstituierten Bundestag nicht mehr kandidierte.

#### **Ein »Grundmandat« pro Fraktion** gab es erst ab 1994

Streit gab es auch immer wieder um die Zahl der Vizepräsidenten - mal ging es um den Anspruch der großen Fraktionen auf zwei Präsidiumsplätze, mal um den Wunsch kleinerer Fraktionen, bei der Besetzung des Gremiums berücksichtigt zu werden. Erst seit 1994 nämlich steht jeder Fraktion ein sogenanntes "Grundmandat" im Präsidium zu.

Damals waren die Grünen wieder in Fraktionsstärke in das Parlament eingedings war keine Mehrheit für eine Vergrößerung zu erwarten, während die FDP als kleinste Fraktion nicht aus dem Gremium ausscheiden wollte und die SPD darauf beharrte, wie bisher zwei Vizepräsidenten zu stellen. Schließlich stimmte die Union dem Antrag der Grünen zu, jeder Fraktion ein Grundmandat im Präsidium einzuräumen.

#### »Ungewöhnliche Allianz« der **Grünen mit Union und FDP**

Abgelehnt wurde dagegen der anschließende Antrag der SPD, das Präsidium auf sechs Mitglieder zu erweitern, ebenso wie ein Antrag der damaligen PDS-Gruppe, gleichfalls einen Vertreter in das Präsidium entsenden zu können. Von einer "ungewöhnlichen Allianz" der Grünen mit Union und FDP war damals etwa in der "Süddeutschen Zeitung" zu lesen zu einer Zeit, in der über etwaige "Jamaika"-Bündnisse noch nicht einmal spekuliert wurde.

2005 beschloss der Bundestag dann zu Beginn der damaligen großen Koalition eine Erweiterung des Präsidiums um einen weiteren Vizepräsidentenposten: Danach standen FDP, Grünen und PDS je ein Vizepräsidentenstuhl zu, während Union und SPD im Präsidium mit je zwei Mitgliedern vertreten waren. Von 2009 bis 2013 dagegen stellte jede Fraktion wieder einen Vize, wie es die Geschäftsordnung auch für die zurückliegenden zwei Wahlperioden vorsah. In der Wahlperiode von 2013 bis 2017 mit nur vier Fraktionen kamen dagegen je zwei Vize aus der CDU/CSU und der SPD sowie je einer von den Linken und den Grünen.

#### Über die Stellvertreterzahl wurde erst 1983 erstmals abgestimmt

Bis 1994 war die Zahl der Stellvertreter in der Geschäftsordnung übrigens gar nicht festgelegt. Von der ersten bis neunten Wahlperiode beruhte sie auf interfraktionellen Vereinbarungen, bis nach dem Einzug der Grünen in den Bundestag 1983 erstmals über die Zahl der Vizepräsidenten abgestimmt wurde. Ihr damaliger Antrag, die Stellvertreterzahl zu erhöhen, wurde ebenso abgelehnt wie ihr ähnlicher Vorstoß vier Jahre danach. Beide Male blieb so den Grünen das Präsidium versperrt; am Ende dauerte es nach ihrem ersten Einzug ins Parlament rund elfeinhalb Jahre, bis sie zogen und forderten als drittstärkste auch in dessen Spitzengremium ver-

#### **PERSONALIA**

#### **Lothar Binding**

#### Bundestagsabgeordneter von 1998 bis 2021

Lothar Binding begeht am 1. April seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Mathematiker aus Heidelberg trat 1966 der SPD bei, war von 1986 bis 1994 sowie von 1998 bis 2001 Vorsitzender des dortigen Kreisverbands und gehörte von 1989 bis 2001 dem Gemeinderat in Heidelberg an. Im Bundestag wirkte Binding seit 1998 im Finanzausschuss mit.

#### **Tay Eich**

#### Bundestagsabgeordneter von 1989 bis 1990 Bündnis 90/Die Grünen

Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen.

Am 1. April wird Tay Eich 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Hamburg gehörte von 1985 bis 1987 dem Landesvorstand der Hamburger Grün-Alternativen Liste (GAL) an und war Mitglied der Bundesprogrammkommission seiner Partei. Eich war stellvertretendes Mitglied des Verteidigungsausschusses und des

#### **Diether Dehm**

#### **75 JAHRE** Bundestagsabgeordneter 1994, SPD, und von 2005 bis 2021, PDS/Die Linke Diether Dehm wird am 3. April 75 Jahre alt. Der promovierte Heilpädagoge aus Eiterfeld/Kreis Fulda war von 1966 bis 1998 SPD-Mitglied und trat danach der PDS bei. Von 1999 bis 2003 war er deren stellvertretender Bundesvorsitzender und stand von 2004 bis 2010 an der Spitze der "Linken" in Niedersachsen. Der europapolitische Sprecher seiner Fraktion von 2005 bis 2015 wirkte zumeist im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union mit.

#### **Heinz Wiese**

**80 JAHRE** Bundestagsabgeordneter von 1998 bis 2002 und von 2013 bis 1017

Heinz Wiese vollendet am 3. April sein 80. Lebensjahr. Der Lehrer aus Ehingen/

**70 JAHRE** 

Deutschlandrats der Jungen Union und seit 1986 langjähriger Vorsitzender der CDU Ehingen. Von 1971 bis 2024 war er dort Gemeinderat und von 1978 bis 2019 Kreistagsabgeordneter. Wiese arbeitete im Bildungs- sowie im Familienausschuss mit.

#### **Brigitte Freihold**

#### Bundestagsabgeordnete von 2017 bis 2021 **Die Linke**

Am 9. April begeht Brigitte Freihold ihren 70. Geburtstag. Die Lehrerin aus Pirmasens trat 2005 der WASG und 2007 der "Linken" bei. Von 2013 bis 2018 war sie deren stellv. Vorsitzende in Rheinland-Pfalz. Von 2014 bis 2019 gehörte Freihold dem Bezirkstag Pfalz und von 2014 bis 2024 dem Stadtrat in Pirmasens an. Im Bundestag wirkte sie im Kulturausschuss mit.

#### Bundestagsabgeordnete von 1980 bis 1990

Dagmar Luuk vollendet am 12. April ihr 85. Lebensjahr. Die Diplom-Politologin aus Berlin schloss sich 1961 der SPD an und war von 1976 bis 1980 Mitglied des dortigen Landesvorstands. Von 1975 bis 1980 gehörte sie dem Berliner Abgeordnetenhaus an. Luuk engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit.

#### Sigrid Skarpelis-Sperk

#### Bundestagsabgeordnete 1980-2005

Am 12. April vollendet Sigrid Skarpelis-Sperk ihr 80. Lebensjahr. Die Diplom-Volkswirtin aus Pfronten/Landkreis Ostallgäu, SPD-Mitglied seit 1969, war stellvertretende Vorsitzende des Bezirksverbands Schwaben, gehörte dem Landesvorstand in Bayern und von 1991 bis 2003 dem SPD-Parteivorstand an.

75 JAHRE Alb-Donau-Kreis trat 1967 der CDU bei, war von 1971 bis 1981 Mitglied des Im Bundestag arbeitete sie im Wirtschaftsausschuss mit. Skarpelis-Sperk, die dem linken Flügel der SPD angehörte, hatte sich im Parteivorstand gegen die "Agenda-Politik" Gerhard Schröders ausgesprochen.

#### VERSTORBEN

#### Frank Haenschke †

**70 JAHRE** 

**85 JAHRE** 

**80 JAHRE** 

Bundestagsabgeordneter von 1972 bis 1976

Am 16. März starb Frank Haenschke im Alter von 87 Jahren. Der promovierte Chemiker und Hochschullehrer aus Aalen trat 1970 der SPD bei, war dort 16

Jahre deren Vorsitzender und 17 Jahre Kreistagsmitglied. Im Bundestag arbeitete Haenschke im Innen- sowie im Forschungsausschuss mit. Er gilt als einer der Wegbereiter des Bundesdatenschutzgesetzes. In seinem 1977 erschienenen, vielbeachteten Buch "Modell Deutschland" warnte er vor allzu argloser Fortschrittsgläubigkeit und kritisierte die auf die Gesellschaft zukommende Datenüberwachung. Haenschke zählte zudem zu den führenden Kernkraft-Experten der SPD und stand dem Einsatz der Atomenergie ablehnend gegenüber.

#### Julius H. Krizsan † Bundestagsabgeordneter von 1983 bis 1985

Die Grünen

Am 14. März starb Julius H. Krizsan im Alter von 87 Jahren. Der Hauptschullehrer aus Winsen/Aller war von 1971 bis 1977 SPD-Mitglied und trat danach der Grünen Liste Umweltschutz bei. Der Begründer des Ortsverbands in Winsen verließ 2014 seine Partei. Im Bundestag wirkte er im Finanz- sowie im Petitionsausschuss mit. Krizsan ist auch als Autor hervorgetreten, namentlich zur Geschichte des Konzentrationslagers Bergen-Belsen. Bernd Haunfelder

14.3.2025

16.3.2025

**EUROPA UND DIE WELT** Das Parlament | Nr. 14-15 | 29. März 2025



Seit der Verhaftung des Istanbuler Bürgermeisters und Erdogan-Rivalen Ekrem Imamoglu vergangene Woche gehen in der Türkei Hunderttausende auf die Straße, um für seine Freilassung zu demonstrieren.

#### Proteste in der Türkei

# Den Rivalen kaltgestellt

Mit der Verhaftung des populären Istanbuler Bürgermeisters Imamoglu hat Präsident Erdogan aber nur ein Hindernis auf dem Weg zu einer neuen Amtszeit abgeräumt

dem Schild einer jungen Frau in der Menge vor dem Istanbuler Rathaus. Hunderttausende versammelten sich dort eine Woche lang jeden Abend, um gegen die Inhaftierung und Absetzung von Bürgermeister Ekrem Imamoglu zu protestieren. Wut und Empörung waren groß – doch ändern konnte der Protest nichts: Imamoglu bleibt in Haft. Präsident Recep Tayyip Erdogan will seinen Rivalen rechtzeitig aus dem Verkehr ziehen. Imamoglu stand dem 71-jährigen Staatschef bisher bei seinen Plänen für eine neue Amtszeit im Weg. Nun wird sich Erdogan bemühen, weitere Hindernisse abzuräumen.

Der 53-jährige Imamoglu würde Erdogan nach derzeitigen Umfragen bei der Präsidentenwahl klar schlagen. Für viele Türken ist der abgesetzte Bürgermeister mit seiner Verbindung aus muslimischer Frömmigkeit, Pragmatismus und Redetalent die erste ernstzunehmende Alternative zu dem seit mehr als 20 Jahren regierenden Erdogan. Der Präsident musste zu absurden Vorwürfen greifen, um Imamoglu von regierungstreuen Richtern und Staatsanwälten wegsperren zu lassen:

#### Imamoglu wird Korruption und Terrorunterstützung vorgeworfen

Sie wollen Beweise haben, dass der Bürgermeister korrupt ist – obwohl staatliche Inspektoren jahrelang Imamoglus Stadtverwaltung durchstöberten, ohne Belastbares zu finden. Außerdem soll Imamoglu mit kurdischen Terroristen kooperiert haben. Um ganz sicher zu gehen, ließ Erdogan seinem Konkurrenten auch noch den Hochschulabschluss aberkennen, der Voraussetzung für die Präsidentschaftskandidatur ist – mehr als 30 Jahre nach dem Examen.

"Obwohl Erdogan die Demokratie in den letzten Jahren der Willkür unterworfen hat, gab es immer noch den eine Mietenexplosion machen es

etzt kommt das Volk" steht auf Eindruck, dass Regierungen auch abgewählt werden können. Diese Hoffnung macht Erdogan gerade zur Illusion", sagt Frank Schwabe, menschenrechtspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion und Chef der sozialdemokratischen Fraktion in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates. "Er entscheidet sich nach Monaten mit zumindest auch hoffnungsvollen Entwicklungen jetzt erneut für den Weg der Konfrontation und der Polarisierung."

Erdogan entschloss sich zum Handeln, obwohl die nächst Wahl erst in drei Jahren anstehen. Zum einen wollte er verhindern, dass Imamoglu hat, könnte Erdogan über die Ziellinach einer landesweiten Urabstim- nie bringen. Derzeit verhandelt Erdomung seiner Partei CHP am 23. März als Kandidat mit breiter Rückendeckung über die Marktplätze ziehen über ein friedliches Ende des Kurden-

Normalbürgern schwer, über die Runden zu kommen. Viele junge Türken wandern ins Ausland ab.

Erdogan muss auch noch ein anderes

Problem lösen: Die Verfassung verbietet ihm eine weitere Amtszeit. Um noch einmal antreten zu können. braucht er im Parlament mindestens 360 Stimmen für eine Verfassungsänderung oder eine vorgezogene Neuwahl. Noch fehlen Erdogans Partei AKP und ihren rechtsnationalen und islamistischen Partnern im Parlament dafür mehr als 30 Stimmen. Eine Vereinbarung mit der legalen Kurdenpartei DEM, die 57 Abgeordnete gan mit der DEM und dem inhaftierten Anführer der Terrorgruppe PKK

Erdogan entscheidet sich erneut für den Weg der Konfrontation und der Polarisierung.

FRANK SCHWABE, SPD-MENSCHENRECHTSEXPERTE

kann. Zum anderen will Erdogan die CHP zwingen, einen Ersatzkandidaten zu suchen, der ebenfalls noch vor der Wahl abgesägt werden könnte. Nach Imamoglus Verhaftung begannen staatsanwaltliche Ermittlungen gegen die Verwaltung des Ankaraner Bürgermeisters Mansur Yavas, des nach Imamoglu aussichtsreichsten Politikers der Opposition.

Der Präsident braucht zudem Zeit, um die Wirtschaft aus der Krise zu holen, ohne dass ein populärer Konkurrent die zum Teil hausgemachten Missstände anprangert. Das Wachstum war im letzten Quartal 2024 auf den für die Türkei mageren Wert von 2,1 Prozent gefallen. Auch die Inflation von offiziell knapp 40 Prozent und

konfliktes; eine Einigung könnte das Ja der DEM zu Erdogans Plänen bringen. Auch dabei kann der Präsident keinen starken Rivalen gebrauchen. Mit der Kurden-Initiative wolle Erdogan außerdem die Opposition spalten, sagt Howard Eissenstat, Türkei-Experte an der St-Lawrence-Universität in den USA. Riskant sei die Strategie dennoch. Sollten die Proteste weitergehen, könnten die Unruhen außer Kontrolle geraten, so Eissenstat. Die Opposition sucht nach Wegen, um den Druck auf die Regierung aufrecht zu erhalten. Noch ist nicht klar, ob Erdogan mit seiner Taktik durchkommen wird. Susanne Güsten 🛮

> Die Autorin ist freie Korrespondentin in der Türkei.

#### **Korruptionsverdacht im EU-Parlament**

### 1.500 Euro für eine Unterschrift

Abgeordnete sollen von Huawei Geld bekommen haben

Der chinesische Tech-Konzern Huawei soll seit 2021 regelmäßig Mitarbeiter und Abgeordnete des Europäischen Parlaments mit Geld und Geschenken bestochen haben, um Einfluss auf die Gesetzgebung zum Mobilfunkstandard 5G zu nehmen. Entsprechende Ermittlungen bestätigte in der vergangenen Woche die belgische Bundesstaatsanwaltschaft. Wie die europäische Ausgabe der US-Tageszeitung "Politico" berichtet, steht ein im Februar 2021 von acht EU-Abgeordneten unterschriebener, im Ton klar pro-chinesischer Brief an drei EU-Kommissare im Zentrum. Darin machen sich die Abgeordneten für den umstrittenen 5G-Ausbau in Europa stark. Huawei wird darin zwar nicht explizit erwähnt, aber die Intention scheint klar. Denn just zu diesem Zeitpunkt setzte sich die EU gegenüber den Mitgliedstaaten dafür ein, chinesische Komponenten aus sicherheitskritischen Kommunikationsnetzen herauszuhalten.

Für den Einsatz der Abgeordneten soll Geld aus China geflossen sein – 15.000 Euro für den Verfasser, 1.500 Euro für die Mitunterzeichner. Mitarbeiter des konservativen italienischen EU-Abgeordnete Fulvio Martusciello sollen die Zahlungen von Huawei organisiert und gewaschen haben. Martusciellos früherer Berater und seine Assistentin wurden verhaftet, es laufen vier Anklagen wegen Korruption und eine wegen Geldwäsche.

#### **Erinnerungen an** »Katargate«-Skandal werden wach

Der Fall weckt böse Erinnerungen an einen früheren Korruptionsskandal, der die europäische Volksvertretung erst Ende 2022 erschütterte. Damals ging es um mutmaßliche Bestechungszahlungen aus Katar, Marokko und Mauretanien an mehrere sozialdemokratische Abgeordnete, darunter die damalige EP-Vizepräsidentin Eva Kaili. Bei Durchsuchungen wurde Bargeld in Höhe von 1,5 Millionen Euro beschlagnahmt. Kaili und weitere Personen saßen monatelang in Untersuchungshaft. Die Ermittlungen und Verfahren laufen bis heute. Das Gerücht, dass Huawei möglicherweise illegal Einfluss auf politische Entscheidungsträger nimmt, kursiert in Brüssel schon länger. Das Unternehmen soll gerne teure Han- mien als auch Branchenverbände wie dys verschenkt und zu luxuriösen DigitalEurope haben sie ausgeschlos-Abendveranstaltungen eingeladen sen. haben. Regelmäßig ließ Huawei Europa-Abgeordnete auf Veranstaltungen auftreten, die das Unterneh-

men sponserte. Zu dem Brief, berichtet "Politico", habe die Nichtregierungsorganisation Transparency International 2021 einen Hinweis erhalten und diesen an das EU-Betrugsbekämpfungsamt OLAF weitergeleitet. Wegen "unzureichender Verdachtsmomente" sei er aber nicht weiter untersucht worden, erklärte ein Sprecher der Behörde.

#### Reform der Ethik-Regeln hat sich nicht bewährt

Kritiker sehen die neuerlichen Ermittlungen als Beweis dafür, dass die im Zuge von "Katargate" beschlossenen Reformen der Ethik-Regeln nicht ausreichen, um Korruption zu bekämpfen. "Zu lange schon gehen die Europa-Abgeordneten mit dem Thema Ethik sorglos um und sind einer Kultur der Straflosigkeit verhaftet", urteilt etwa Nicholas Aiossa, Direktor von Transparency International EU. Dabei hatte EP-Präsidentin Roberta Metsola als Reaktion auf "Katargate" zügig einen 14-Punkte-Plan vorgelegt. Im September 2023 stimmten die Europa-Abgeordneten dann für eine äußerst schwache Reform der Ethik-Regeln. So dürfen die Parlamentarier weiterhin lukrative Nebenjobs annehmen. Sie müssen sie lediglich melden, haben aber keine Sanktionen zu befürchten, wenn sie dies nicht tun. Treffen mit Lobbyisten müssen sie nicht offenlegen. Auch Anschlussbeschäftigungen für Abgeordnete und ihre Assistenten wurden nicht eingeschränkt.

Ein mehrheitlich beschlossenes, unabhängiges Kontrollgremium für Lobby- und Korruptionsregeln, das für acht EU-Institutionen zuständig sein soll, hat seine Arbeit bis heute nicht aufgenommen. Die konservative EVP-Fraktion und rechtspopulistische Gruppen blockieren es mit der Begründung, es bestünden Zweifel an seiner Rechtmäßigkeit.

#### **Huawei-Lobbyisten sind in Brüssel** nicht mehr willkommen

Die Anwälte der Beschuldigten streiten jegliche Beteiligung ihrer Mandanten an den Anklagepunkten ab. Derweil sind Huawei-Lobbyisten in Brüssel bis auf Weiteres nicht mehr willkommen. Sowohl die EU-Gre-Johanna Metz/Silke Wettach

> Silke Wettach ist freie Korrespondentin in Brüssel.



Europa-Zentrale von Huawei in Düsseldorf: Gerüchte über eine illegale Einflussnahme des Konzerns gibt es in Brüssel schon länger.

10 DAS POLITISCHE BUCH Das Parlament | Nr. 14-15 | 29. März 2025

#### Verkehrspolitik

# »Patriarchales Fahren«

Der Wirtschaftswissenschaftler Boris von Heesen sieht in der männerdominierten Autowelt das größte Hindernis für eine Verkehrswende

oris von Heesen ist durch seine exakten Berechnungen darüber, welchen gesellschaftlichen Preis das Patriarchat verursacht – "Was Männer kosten", lautete der plakative Buchtitel – bekannt geworden. In seinem jüngsten Werk nimmt sich der Darmstädter Ökonom nun den "Mann am Steuer" vor: jenen nicht unbedingt die Mehrheit bildenden Teil des männlichen Geschlechts, der mit überdimensionierten Fahrzeugen, aggressivem Verhalten und unangemessener Lautstärke die Straßen beherrscht. Zudem analysiert von Heesen, wie männliche Netzwerke in Autokonzernen, Wissenschaft, Politik und Lobbyverbänden eine "zukunftsfähige Mobilität" verhindern.

In Männerkreisen kursiert teils bis heute der sexistische Spruch "Frau am Steuer, Ungeheuer". Mit seiner Replik "Mann am Steuer" spielt der Autor auf solche Klischees an. Ihn beschäftigt die Frage, warum manche Männer ihre Autos so abgöttisch lieben - und sich im Verkehr entsprechend verhalten: "Fest eingeschlossen in ihre letzten maskulinen Schutzräume, gestikulieren sie wild und aggressiv, beleidigen und nötigen andere Menschen, die ihnen auf asphaltierten Wegen in die Quere kommen." Durch dieses risikoreiche Verhalten, so der Autor, gefährden die Fahrer "andere und auch sich selbst". Verantwortlich dafür sei die nach wie vor wirkmächtige patriarchale Erzählung, dass "erst ein großes, lautes und mit Status aufgeladenes Fahrzeug einen richtigen Mann macht".

#### Die volkswirtschaftlichen Kosten der männlichen Leidenschaft

Den Schwerpunkt des Buches bilden aber nicht solche psychologischen Erklärungsversuche, von Heesens Spezialgebiet sind vielmehr ökonomische Argumente. Er listet im Detail auf, welche volkswirtschaftlichen Kosten die männliche Leidenschaft für das Auto verursacht, und legt dabei großen Wert auf gesicherte Daten auf der Basis seriös nachgewiesener Statistiken. So sind nach den Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes vier von fünf Pkw in der motorstärksten und umweltschädlichsten Leistungsklasse Autors: Die Mehrkosten der durch

Männerträume: Die Automesse Retro Classics in Stuttgart ist mit mehr als 90.000 Besuchern und über 900 Ausstellern zentraler Treffpunkt der Oldtimer Szene in Süddeutschland.

© picture-alliance/imagebroker



auf männliche Halter zugelassen, meist handelt es sich um steuerbegünstigte Dienstwagen.

Bei Verkehrsunfällen steigt die Beteiligung von Männern mit der Dramatik der Folgen überproportional an. Gibt es schwerverletzte Opfer, sind Männer zu 65 Prozent hauptverantwortlich, bei Getöteten wächst ihr Anteil unter den Verursachern auf über 78 Prozent. Zu ähnlichen Ergebnissen kommen die Autoversicherer in der Statistik der Sachschäden. Als Hauptursache für schwere Unfälle gelten die Faktoren Alkohol am Steuer und überhöhte Geschwindigkeit. 91 Prozent der Fahrzeuglenker, die mit über 50 Stundenkilometern innerhalb geschlossener Ortschaften erwischt wurden, sind Männer. Auch bei den "Punkten in Flensburg" mit der Höchststrafe "Entzug der Fahrerlaubnis" liegen sie einsam an der Spitze. Das ökonomische Fazit des Männer verursachten Verkehrsunfälle summierten sich allein im Jahr 2023 auf knapp 13 Milliarden Euro.

#### Der ADAC hat mehr Mitglieder als die katholische Kirche

"Patriarchales Fahren", wie es von Heesen überspitzt nennt, sei eine Gefahr für alle anderen Verkehrsteilnehmer. Er prangert die "absurden Auswüchse" des Kults um das Auto an, berichtet von tiefergelegten und hochgetunten Fahrzeugen, von Rasern, Posern und illegalen Rennen. Choreografiert werde das Spektakel von der männerdominierten Automobilindustrie: "Wie eine Spinne im Netz, die alle Fäden kontrolliert, verbindet sie geschickt Politik, Behörden und Verbände und setzt so in Vorderund Hinterzimmern ihre Interessen durch." Der ADAC, wichtigster Gegner des in allen Nachbarländern selbstverständlichen Tempolimits auf Autobahnen, habe mehr Mitglieder als die katholische Kirche. Das Bundesverkehrsministerium hat noch nie eine Frau geleitet, meist führe es ein autofixierter CSU-Mann, der sich wenig für Bahn- oder Radfahrer interessiere. Seit Jahrzehnten regiere in Deutschland eine mächtige, maskulin geprägte Fahrzeuglobby mit. Vorsitzende des einflussreichen Branchenverbandes ist aktuell zwar eine Frau, Hildegard Müller. Einen Kulturwandel löste die frühere CDU-Politikerin aber nicht aus, ihre Anpassung hat die an männlichen Denkmustern orientierten Strukturen eher verfestigt.

Im Schlusskapitel versucht der Autor. Alternativen aufzuzeigen. In seinem "Labor der Lösungen" plädiert er für mehr Verkehrserziehung "vom Bobbycar zum Rollator". Er entwirft die Zukunftsperspektive einer "mobilen Befreiung zu Fuß und auf zwei Rädern", fordert den Abschied vom üblichen Dreiklang "mein Haus, mein

**Anzeige** 

Auto, meine Garage". Das ist aus einer städtischen Perspektive gedacht; für die Bewohner von Regionen, in denen nur zweimal am Tag ein Bus kommt, klingt es eher utopisch. Die Mobilitätswende und der Abschied von der "maskulinen Autonormativität" seien "feministisch", bekennt von Heesen. Doch es ist etwas einfach, wenn auch vielleicht verkaufsträchtig, alle Hindernisse pauschal dem meist männlichen Geschlecht der Akteure anzulasten. Thomas Gesterkamp ■



Boris von Heesen: Mann am Steuer. Wie das Patriarchat die Verkehrswende blockiert.

Hevne. München 2025: 288 S., 18,00 €

#### **KURZ REZENSIERT**

#### Die dreifache Neugründung der Bundeswehr

Auf nicht weniger als eine "Neugründung" der Bundeswehr laufen die verteidigungspolitischen Anforderungen hinaus, die der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine vor drei Jahren und die sich abzeichnende Abkehr der USA von Europa mit sich bringen. Auf diesen kurzen Nenner bringt es der renommierte und meinungsstarke Militärhistoriker Sönke Neitzel in seinem schmalen Band "Die Bundeswehr". Es ist nicht die erste Neugründung der Bundeswehr in ihrer 70-jährigen Geschichte. Zehn Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg sollten im November 1955 Streitkräfte aufgestellt werden, die im Gegensatz zu Reichswehr und Wehrmacht fest im demokratischen Gefüge der jungen Bundesrepublik verankert sind. Dies sollte sich auch in der inneren Verfasstheit der Truppe, bestehend aus "Staatsbürgern in Uniform", spiegeln.

Mit dem Ende des Kalten Krieges musste die Bundeswehr sich wiederum neu erfinden. Aus der Armee, die innerhalb der Nato mit



Sönke Neitzel: Die Bundeswehr. Von der Wiederbewaffnung bis zur Zeitenwende.

C.H. Beck, München 2025; 128 S., 12,00 €

rund 500.000 Soldaten einen erheblichen Anteil zur konventionellen Abschreckung leistete, wurde eine "Einsatzarmee", die in friedenserhaltende und friedenserzwingende Auslandsmissionen auch außerhalb des Nato-Einsatzgebietes entsendet wurde. Gleichzeitig wurde die Truppe massiv abgerüstet und auf rund 185.000 Soldaten verkleinert.

Bis zum erfolgreichen Abschluss dieser beiden Neugründungen habe die Bundeswehr jeweils rund 20 Jahre benötigt, schreibt Neitzel. Und auch für die dritte Neugrün-

dung werde es - beginnend mit der Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014 und der in Deutschland einsetzenden Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung - wohl ebenfalls 20 Jahre dauern, prophezeit der Militärhistoriker. Um diesen Prozess ebenfalls erfolgreich abzuschließen, benötige es neben einer materiellen und personellen Aufrüstung vor allem grundlegende strukturelle Reformen in der Bundeswehr und eine politische Führung, die das Wesen der Streitkräfte erfasse und Entscheidungen wieder verstärkt nach militärischen Gesichtspunkten treffe. Und genau daran hat Neitzel erhebliche Zweifel. Wiederholt übt er dezidierte Kritik an den politischen Verantwortlichen.

Wer sich einen schnellen und profunden Überblick über die Geschichte der Bundeswehr verschaffen will, dem sei der Band wärmstens empfohlen. Auch wenn einige Aspekte – wie beispielsweise die Öffnung der Truppe für Frauen – leider außen vor bleiben.

### Klimawandel

#### Föderale Antworten auf eine globale Herausforderung



Europäisches Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen (EZFF) [Hrsg.]

Jahrbuch des Föderalismus 2024 Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa 2024, 441 S., qeb., 99,-€ ISBN 978-3-7560-1786-7 E-Book 978-3-7489-4461-4

Das Jahrbuch 2024 widmet sich im Schwerpunkt dem Thema "Klima-Föderalismus". Eine Reihe von Beiträgen analysiert, wie Klimaschutz in verschiedenen Ländern gestaltet wird und inwieweit föderale Gebilde mit ihren komplexen Mehrebenen-Strukturen für Klimapolitik förderlich oder eher hinderlich sind.



Portofreie Buchbestellung unter nomos-shop.de Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Das Parlament | Nr. 14-15 | 29. März 2025

# »Historische Wahrheit«

Forscher rätseln seit Jahren, woher das Coronavirus Sars-Cov-2 stammt. Der Biologe Günter Theißen forderte früh, auch eine Laborpanne als Ursprung der Pandemie in Erwägung zu ziehen. Die Politik war seiner Ansicht nach schlecht beraten

Herr Theißen, der Beginn der Corona-Pandemie liegt fünf Jahre zurück, die letzten Auflagen sind im April 2023 ausgelaufen. Wie schauen Sie als Bürger und Biologe, der sich mit dem neuen Virus intensiv befasst hat, im Rückblick auf diese historische Gesundheitsnotlage?

Manchmal habe ich das Gefühl, das ist schon sehr weit weg, und manchmal erinnere ich mich noch gut an die Corona-Beschränkungen, das geschlossene Restaurant oder den abgesperrten Spielplatz. Da kommen immer wieder diese Flashbacks. Das ist eine wilde Mischung aus verdammt lang her und es kommt mir wie gestern vor.

#### Erinnern Sie sich, wann Sie erstmals von dem neuen Coronavirus SARS-Cov-2 erfahren haben?

Ich habe damals zum Jahreswechsel 2019/2020 erstmals von einer ungewöhnlichen Lungenkrankheit in China gehört. Da war das Ausmaß der Pandemie überhaupt noch nicht absehbar. Als Biologe und interessierter Mensch hatte ich im Hinterkopf, dass es zuvor schon einmal ähnliche Symptome gab, die durch ein SARS-Corona-Virus ausgelöst worden waren. Erstaunlicherweise wurde schon nach wenigen Tagen der Erreger der neuen Lungenkrankheit als weiteres Coronavirus identifiziert und später SARS-CoV-2 genannt. Zu dem Zeitpunkt wurde noch beschwichtigt, das Virus sei weit weg in China, außerdem werde es nicht von Mensch zu Mensch übertragen.

Der Ursprung des Virus ist nach wie vor unklar. Jetzt wurde bekannt, dass der Bundesnachrichtendienst (BND) schon 2020 von einem Laborunfall in China ausging. Sie haben während der Pandemie gefordert, die Labor-Hypothese neben dem möglichen natürlichen Ursprung (Zoonose) auch zu berücksichtigen. Fühlen Sie sich bestätigt?

Ja, ich fühle mich bestätigt und bin auch verärgert. Einige Forscher, darunter auch ich, haben sich lange bemüht, die Aufmerksamkeit auf den möglichen nicht-natürlichen Ursprung zu lenken. Es gab eine Reihe von Indizien, die darauf hindeuteten, dass das Virus auf einen Laborunfall in China zurückgeht.

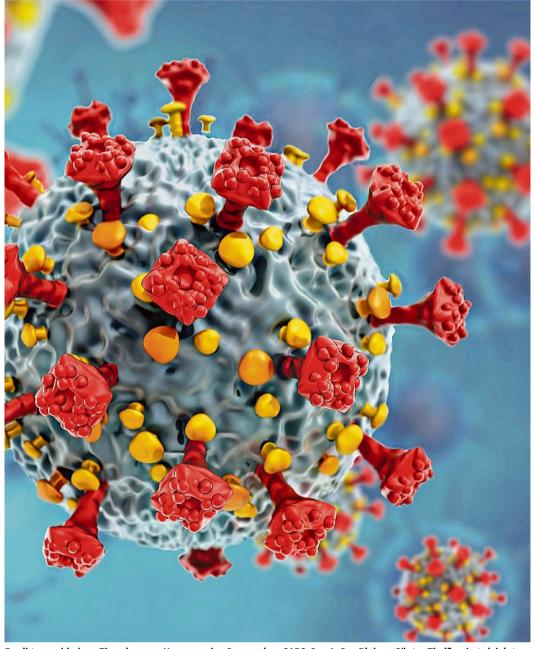
Wir haben gefordert, es müssten alle Möglichkeiten vorurteilsfrei überprüft werden. Das hat in der Öffentlichkeit nicht zu großer Dankbarkeit geführt. Von Verschwörungstheorien war die Rede. Erst in einem langen Prozess ist ein Verständnis dafür gewachsen, dass dies eine akzeptable Ansicht ist.

#### Sie haben unter den Wissenschaftlern damit die Minderheitsmeinung

Die führenden Virologen sind von einem natürlichen Ursprung des Virus ausgegangen, ohne dafür überzeugende Belege zu haben. Die Politik hat sich nur an diesen Experten orientiert und war damit schlecht beraten. Wenn ich heute höre, dass es das Bundeskanzleramt schon früh 2020 hätte besser wissen können, dann ärgere ich mich, dass die einseitige Diskussion so lange laufen gelassen wurde. Die Konsequenz hätte sein müssen, dass der Ursprung des Virus nach wissenschaftlichen Kriterien ergebnisoffen untersucht wird. Das ist bis heute nicht passiert.

#### Was hat das bei Ihnen bewirkt?

Ich sage das als Forscher nicht leichtfertig, aber mir hat das einen Knacks



Es gibt verschiedene Theorien zum Ursprung des Coronavirus SARS-Cov-2. Der Biologe Günter Theißen hat sich intensiv mit der Frage befasst und 2022 ein Buch zu dem Thema veröffentlicht.

in mein Vertrauen in die Wissenschaft gegeben. Ich habe immer angenommen, dass sich gute Argumente schnell durchsetzen. Dass es eine Gruppe von Wissenschaftlern geben könnte, die die öffentliche Meinung monopolisieren, hätte ich mir nicht vorstellen können.

#### Wer die Labor-These vertrat, wurde auch in Fachkreisen schnell als Verschwörungstheoretiker gebrandmarkt. Wie haben Sie das erlebt?

Ich habe überraschend wenig direkte Konfrontation erlebt, aber die Top-Wissenschaftler haben uns ignoriert. Dabei ist die virologische Expertise gar nicht entscheidend. Es geht vielmehr darum, vorhandene Evidenzen



Günter Theißen © Anne Günther/Universität Jena

zu analysieren, und dann kommt man zumindest zu dem Schluss, dass ein Laborunfall nicht auszuschließen ist. Schon deshalb, weil es für eine natürliche Zoonose ja bis heute keine überzeugende Evidenz gibt.

#### Ist die Wissenschaft letztlich Gewinner oder Verlierer der Pandemie?

Das lässt sich so pauschal nicht sagen. Ich hoffe auf einen Lernprozess, dass bei kritischen Fragestellungen von öffentlichem Interesse wie in der Pandemie eine breit angelegte Diskussion geführt wird und die Politik nicht nur auf wenige Virologen hört, die offensichtlich Interessenkonflikte haben.

Der eigentliche Skandal ist, dass es wenigen Akteuren gelungen ist, die Diskussion zu monopolisieren, sodass am Ende vom Fachmagazin "Nature" bis hin zur "Apotheken-Umschau" alle von einem natürlichen Ursprung des Virus berichtet haben, als sei es eine erwiesene Tatsache. Das war es nie und ist es bis heute nicht.

#### Die Bundesregierung hat die Erkenntnisse des BND offensichtlich über Jahre geheim gehalten. Ist das aus Ihrer Sicht nachvollziehbar?

Nein. Es hat ja eine Diskussion über das Thema gegeben. Und dann so zu tun, als wäre nichts, ist skandalös. In einer liberalen Demokratie wollen die Bürger gut informiert Entscheidungen treffen, zum Beispiel bei Wahlen oder wenn sie sich engagieren. Die Geheimhaltung hat etwas Paternalistisches. Das braucht niemand. Es gibt bis heute keinen endgültigen Beweis, woher das Virus kommt. Aber über Jahre so zu tun, als

wäre alles geklärt und Kritiker aus der Forschung als Querdenker oder Schwurbler abzutun, ist inakzeptabel.

#### Wie sehen Sie die Rolle Chinas bei

der Aufklärung des Falls Corona? Ich habe nicht den Eindruck, als hätte China wesentlich zur Aufklärung beigetragen. China unternimmt alles, um insbesondere die Labor-Hypothese zu entkräften. Es geht offensichtlich um rein politische Interessen, die Wahrheit scheint eher sekundär zu sein.

#### Es hat in Wuhan offensichtlich GOF-Experimente (Gain-of-function-Forschung) an Viren gegeben. Die Forschung zielt darauf ab, die Wirkungsweise von Viren anzupassen und Impfstoffe zu entwickeln. Wie schätzen Sie das ein?

Es gibt unterschiedliche GOF-Experimente, die gefährlicheren halte ich für unverantwortlich. Ich hätte mir anfangs gar nicht vorstellen können, dass Virologen so etwas machen. Die spielen mit dem Feuer, wenn auch teils in guter Absicht. Sie erhöhen die Wahrscheinlichkeit, dass eine Pandemie, die sie eigentlich verhindern wollen, womöglich erst entsteht. Das ist inakzeptabel.

### Halten sie einen Laborunfall im Fall Corona für wahrscheinlich oder nur für möglich?

Ich halte einen Laborunfall in einem der Forschungsinstitute in Wuhan für viel wahrscheinlicher als eine rein natürliche Übertragung des Virus.

Wie wichtig ist ihrer Ansicht die Frage nach dem Ursprung des Virus?

Es wird oft gesagt, das sei wichtig, um zu verstehen, was genau passiert ist, damit die nächste Pandemie möglichst verhindert werden kann. Das halte ich gar nicht mehr für ein entscheidendes Argument. Da Covid-19 nach derzeitigem Kenntnisstand einer natürlichen Zoonose oder einem Laborunfall entsprungen sein könnte, sollte man gegen beide Szenarien maximale Vorsorge treffen. Ein wichtigeres Argument ist in meinen Augen im konkreten Fall die Suche nach der historischen Wahrheit. Die Menschen wollen wissen, wie diese Pandemie entstanden ist. Wenn das nicht geklärt wird, schwelt die Frage womöglich über Jahre und Jahrzehnte weiter, einschließlich ungerechtfertigter Beschuldigungen.

#### Halten Sie eine Aufarbeitung der Corona-Pandemie für sinnvoll?

Absolut. Es gibt meiner Ansicht nach eine große Frustration in der Bevölkerung, dass Dinge unter den Teppich gekehrt werden könnten. In den USA hat es eine gute Corona-Aufarbeitung gegeben mit öffentlichen Experten-Anhörungen, das würde ich mir für Deutschland auch wünschen. Bei der Bundestagswahl haben relativ extreme Parteien viele Stimmen bekommen, das hängt meiner Einschätzung nach auch mit der Frustration aus der Coronazeit zusammen. Das ist Gift für die Gesellschaft.

#### **STICHWORT**

- > Erreger SARS-Cov-2 gehört zu den Coronaviren. Das Virus wurde im Dezember 2019 in der chinesischen Provinz Hubei identifiziert. Die durch das Virus ausgelöste Krankheit wird Covid-19 genannt.
- > **Zoonose** Das Virus könnte auf natürlichem Weg von einem Tier auf Menschen übergesprungen sein. Ein möglicher Übertragungsort ist der Wildtiermarkt in Wuhan.
- > Labor-Hypothese In Wuhan wird in Sicherheitslaboren an Viren geforscht. Das Virus könnte auch aus einem Labor entwichen sein.

# Forscher gehen davon aus, dass wir in absehbarer Zeit wieder eine Virus-Pandemie erleben werden. Als ein Kandidat wird die Vogelgrippe (H5N1) genannt. Wie ist Ihre Einschätzung dazu?

Die Welt ist voller Viren. Es gibt viel mehr Viren als irgendwelche anderen Organismen. Mit vielen dieser Viren kommen Säugetiere und auch Menschen immer wieder in Kontakt. Es gibt Hinweise darauf, dass problematische Kontakte in letzter Zeit häufiger vorkommen, weil wir immer stärker in natürliche Lebensräume von Wildtieren vordringen und diese zerstören

Auch bei einer Massentierhaltung können Viren auf Menschen überspringen. Dagegen können wir uns nicht schützen. Es wird also immer wieder virale Epidemien geben, ob daraus eine Pandemie wird, lässt sich nicht vorhersagen.

Das Interview führte Claus Peter Kosfeld  ${
m I\hspace{-.1em}I}$ 

Professor Dr. Günter Theißen (63) arbeitet als Genetiker an der Friedrich-Schiller-Universität in Jena 12 KEHRSEITE Das Parlament | Nr. 14-15 | 29. März 2025

#### **ORTSTERMIN: VOR DER KONSTITUIERUNG DES 21. BUNDESTAGES**

# Wie bei einer Einschulung – nur für Große

Freundschaftliche Umarmungen, viel Händeschütteln und Selfies dürfen auch nicht fehlen

in Hauch von Frühling liegt an diesem Dienstagvormittag in der Luft. An dem Tag, an dem sich der 21. Bundestag konstituiert. Dass an einem solchen Tag alles ein bisschen anders ist als sonst, zeigt sich schon vor dem Jakob-Kaiser-Haus. Die Wilhelmstraße ist ab der Dorotheenstraße für Fahrzeuge gesperrt. Warum? "Na wegen der Konstituierung", erläutert ein leicht genervter Polizist, der ordentlich zu tun hat, die nicht immer einsichtigen Autofahrer umzudirigieren.

Schon von der Marschallbrücke aus sind dann größere Menschengruppen auf dem Platz zwischen Jakob-Kaiser-Haus und Paul-Löbe-Haus zu erkennen. Eine dieser Gruppen stellt sich beim Näherkommen als die SPD-Fraktion heraus, die an der Treppe zum Spreeufer für ein Gruppenfoto Aufstellung genommen hat. Einen Anspruch auf Vollständigkeit hat das bei bestem Wetter und mit dem Reichstagsgebäude als Hintergrund aufgenommene Foto aber nicht. Immer noch kommen vereinzelt Abgeordnete angehetzt. Die letzten erst, als die Fotografen ihr Equipment schon wieder zusammenpacken. "Wie jetzt? 9.50 Uhr war doch gesagt", zeigt sich die eine und der andere überrascht. Die Uhr zeigt genau 9.50 Uhr, aber der Tross setzt sich dennoch wieder in Bewegung. Es geht in Richtung Reichstagsgebäude – genauer gesagt zum Fraktionssaal der SPD.

Auf der Fraktionsebene herrscht da schon hektische Betriebsamkeit. Zahlreiche Medienvertreter haben sich vor den Sälen der (vermutlich) die Regierung tragenden Fraktionen von CDU/CSU und SPD aufgebaut. Beide Fraktionen haben vor der Konstituierung zu einer Sitzung geladen. Nein, ein Zählappell oder eine Ein-



Rege Gespräche im Plenarsaal vor Beginn der ersten Sitzung des 21. Bundestages

© DBT/Thomas Köhler/phototh

ordnung, wie sonst bei wichtigen Abstimmungen üblich, sei das nicht, wird den Journalisten versichert. Eher ein Kennenlernen in großer Runde. Gezählt wurde aber offenbar trotz-

Gezählt wurde aber offenbar trotzdem. Bei uns sind alle da, heißt es von der Union. Auf der anderen Seite der Fraktionsebene im Reichstagsgebäude herrscht Ruhe. Zum einen, weil AfD, Grüne und Die Linke auf eine morgendliche Fraktionssitzung verzichtet haben, zum anderen weil der Sitzungssaal der FDP nach deren Wahlschlappe künftig verwaist bleiben könnte.

In den diversen Cafeterien der Bundestagsliegenschaften herrscht der-

weil noch die Ruhe vor dem großen Sturm. Schlecht sieht es mit der Verpflegungslage aber nicht aus. An belegten Brötchen und leckeren Schnittchen herrscht kein Mangel. An Nachfrage sicherlich auch nicht. Schließlich kann sich die Konstituierung bis in den Abend hinziehen.

Im Pressebereich vor dem Plenarsaal wird derweil ständig jemand interviewt. Gerade erläutert Dietmar Bartsch (Die Linke), warum seine Fraktion den AfD-Kandidaten für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten nicht mitwählen wird.

So langsam enden auch die Fraktionssitzungen. Es geht auf 10.40 Uhr zu.

Die Unionsabgeordneten haben einen Vorsprung beim Kampf um einen Platz im Fahrstuhl, weil die Sozialdemokraten etwas länger tagen.

Unten füllen sich der Plenarsaal und die Tribünen. Viele ehemalige Abgeordnete haben dort Platz genommen – ebenso wie internationale Gäste. Der Blick von der Pressetribüne in den Saal zeigt ein verändertes Bild. Vom Podium aus gesehen rechts sitzt nach wie vor die AfD, die personell stark angewachsen ist, was sich auch darin dokumentiert, dass sie in der ersten Reihe vier Plätze hat. Fünf Plätze in der ersten Reihe hat die daneben platzierte größte Fraktion des

Bundestages – die Unionsfraktion. Anstelle der FDP sitzen nun die Grünen in der Mitte, die es auf zwei Plätze in der ersten Reihe bringen. Daneben folgt die SPD-Fraktion mit drei Frontplätzen und die Linksfraktion, die dort nur einen Sessel hat.

Leer bleibt aber die Regierungsbank. Noch-Bundeskanzler Olaf Scholz hat in der ersten Reihe der SPD-Fraktion Platz genommen, ebenso die Minister des Ampel-Kabinetts, die in den Reihen ihrer Fraktionen sitzen.

Die Stimmung im sich stetig füllenden Saal ist freudig erregt. Wie bei einer Einschulung – aber für Große. Es werden Hände geschüttelt, es gibt herzliche Umarmungen – und viele Fotos. Inzwischen ist auch Julia Klöckner (CDU) eingetroffen, die Bundestagspräsidentin in spe. Gemeinsam mit Dorothee Bär und Andrea Lindholz (beide CSU) posiert sie für die Handykamera eines Fraktionskollegen.

Punkt 11:00 Uhr leitet ein Gong die Ankunft des Sitzungsleiters ein. Der dienstälteste Bundestagsabgeordnete, der 77-jährige Linkenpolitiker Gregor Gysi, betritt den Saal und eröffnet als Alterspräsident die konstituierende Sitzung.

Diese beginnt so, wie schon viele Sitzungen des 20. Bundestages, mit einem Geschäftsordnungsantrag der AfD-Fraktion. Diesmal geht es um die Forderung zur Rückkehr des bis 2017 geltenden Prinzips, dass das älteste Mitglied des Parlaments, im konkreten Fall der 84-jährige AfD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland, die konstituierende Sitzung eröffnet. Auch die Abstimmung über den Antrag verläuft wie in der Vergangenheit: Er wird abgelehnt. Die Konstituierung unter der Leitung von Gregor Gysi kann also beginnen... Götz Hausdina

#### **VOR 25 JAHREN**

### »Der perfekte Parteitag«

10.4.2000: Merkel wird CDU-Vorsitzende "Schorsch, ihr seid doch viel konservativer als ich. Das bin ich doch gar nicht", sagte Angela Merkel (CDU) Anfang 2000 zu ihrem Fraktionskollegen Georg, genannt "Schorsch", Brunnhuber. Der Abgeordnete aus Baden-Württemberg hatte Merkel vorher in einem Gespräch aufgefordert, für den CDU-Vorsitz zu kandidieren. "Nein, nein", habe Brunnhuber ihre Bedenken zurückgewiesen, "konservativ sind wir schon allein. Du musst dafür sorgen, dass unsere Töchter auch wieder CDU wählen können"

So jedenfalls beschreibt es Merkel in ihren 2024 erschienenen Memoiren. Am 10. April 2000 wurde sie tatsächlich zur Chefin ihrer Partei gewählt. 96 Prozent der Delegierten beim Parteitag in Essen stimmten für sie. So klar das Ergebnis auch war, so turbulent ging es vor der Wahl in der CDU zu. Merkel übernahm die Partei in der CDU-Spendenaffäre, in der es um Schwarzgeldkonten zu Zeiten Helmut Kohls als Parteichef ging.

"Ich konnte es nicht fassen", beschreibt Merkel in ihren Memoiren ihre Gefühlswelt, als sie Mitte Dezember 1999 eine ZDF-Sendung verfolgte, in der Kohl einräumte, zwischen 1993 und 1998 bis zu zwei Millionen D-Mark entgegengenommen und nicht als Spenden angegeben zu haben, "weil die Spender ausdrücklich darum gebeten haben". Merkel setzte auf einen Neuanfang: In einem sogenannten "Scheidebrief", der kurz vor Weihnachten 1999 in der FAZ erschien, forderte die damalige CDU-Generalsekretärin ihre Partei zur Abnabelung von Kohl auf.

Als Wolfgang Schäuble – inzwischen Parteichef – wegen seiner Rolle in der Spendenaffäre ebenfalls in die Kritik geriet und den Parteivorsitz abgab, stand die CDU ohne Führung da. Merkel stellte laut Konrad-Adenauer-Stiftung in diesen Zeiten für die Basis eine gute Alternative dar: "unbelastet und couragiert".

Als Stimmen laut wurden, die Merkel als neue Vorsitzende forderten, sei ihr klar geworden, dass sie die Gelegenheit, CDU-Chefin zu werden, "kein zweites Mal bekommen" würde, schreibt Merkel. Und sie sei sich "der Tatsache bewusst" gewesen, dass "eine CDU-Vorsitzende immer auch bereit sein musste", Kanzlerin zu werden. Die Fragen, ob sie es sich "zutraute, CDU-Vorsitzende und damit potenziell auch Bundeskanzlerin zu werden", habe sie für sich persönlich bejahen können.

Vor der Wahl Merkels debattierte der Parteitag in Essen über Neuerungen in der Finanzordnung der CDU. Ein System gegenseitiger



Auf dem CDU-Bundesparteitag am 10.4.2000 wurde Angela Merkel mit fast 96 Prozent der Stimmen zur neuen Parteichefin gewählt. © picture-alliance/dpa|MichaelJung

Kontrollen sollte eingerichtet werden, damit schwarze Kassen künftig unmöglich seien. Für ihre Bewerbungsrede erntete Merkel frenetischen Beifall. "Es war der perfekte Parteitag", schreibt Merkel. "Nie wieder, auch als Bundeskanzlerin nicht, erlebte ich einen Parteitag mit einem solchen Gefühl der Einigkeit zwischen der CDU und mir und mir und der CDU."

18 Jahre blieb Merkel CDU-Chefin, 16 Jahre war sie Kanzlerin. Heute hadern einige damit, dass Merkel tatsächlich nicht so konservativ war, dass sie ihre Partei "nach Mitte-Links" verschoben habe. Einer der damals ersten Gratulanten nach Merkels Wahl zur CDU-Vorsitzenden ist nun dabei, der CDU wieder ein konservativeres Profil zu geben: Friedrich Merz, damals Fraktionschef. Ein Foto zeigt beide mit Sektflaschen in Händen. Zwei Jahre später verlor Merz sein Amt – an Merkel.

\*\*Benjamin Stahl\*\*\*

#### AUSBLICK ...

### So geht es weiter

Seit Freitag, dem 28. März 2025, werden die Koalitionsverhandlungen auf Führungsebene fortgesetzt. Die Hauptverhandlungsgruppe mit 19 Vertretern von CDU, CSU und SPD berät seitdem über die Ergebnisse von 16 Arbeitsgruppen, die seit dem 13. März Vorhaben für die jeweiligen Themenfelder erarbeitet haben. Doch viele der vorgelegten Papiere zeigen noch unterschiedliche Auffassungen und Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Parteien.

Das Ziel der Verhandlungen ist es, einen Koalitionsvertrag zu erarbeiten, der die geplanten Maßnahmen und Grundsätze für die kommende Regierungsperiode festlegt.



© DBT / Thomas Trutschel / phtothek

Auch wenn dieser Vertrag in der Regel von den zuständigen Gremien gebilligt und von den Parteivorsitzenden unterzeichnet wird, handelt es sich dabei vor allem um eine Absichtserklärung. Der Koalitionsvertrag dient als Richtschnur für die zukünftige Zusammenarbeit, ist jedoch kein rechtsverbindliches Dokument.

Ein fester Zeitrahmen für die Bildung der neuen Bundesregierung existiert bisher nicht. Bis zum Zusammentreten der neuen Regierung bleibt die alte Bundesregierung weiterhin geschäftsführend im Amt.

#### ANREGUNGEN, FRAGEN, KRITIK

#### Ihr Standpunkt ist gefragt - Schreiben Sie uns!

Haben Sie Gedanken zu aktuellen Themen oder möchten Sie Ihre Perspektive teilen? Dann schicken Sie uns Ihren Leserbrief! Wir freuen uns auf Ihre Beiträge.

Schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail an: redaktion@das-parlament.de Oder per Post an: Das Parlament, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

### **AR DASPARLAMENT**

# DEBATTENDOKUMENTATION

Konstituierende Sitzung des 21. Deutschen Bundestages am 25. März 2025

Julia Klöckner, CDU, Bundestagspräsidentin:

# Dieser Optimismusruck muss wieder durch unser Land gehen



Julia Klöckner (\*1972) Wahlkreis Kreuznach

ine Wahl ist weniger eine Auszeichnung, sie ist vielmehr Verpflichtung. In diesem Bewusstsein danke ich Ihnen und euch sehr für dieses große Zeichen und auch den Vorschuss an Vertrauen für dieses Amt. Ich habe den festen Willen, die mir übertragene Aufgabe stets unparteiisch, unaufgeregt und auch unverzagt zu erfüllen – klar in der Sache, aber zugleich verbindend im Miteinander.

Die Konstituierung eines neuen Bundestages ist immer auch ein feierlicher Moment. Es ist ein Ereignis, das Kontinuität mit Neuem verbindet, mit Erneuerung. Es markiert die Stärke der parlamentarischen Demokratie, unserer Demokratie, dass es einen friedlichen Übergang zu neuen Machtverhältnissen durch freie Wahlen gibt. Aber so selbstverständlich, wie wir gerne glauben, ist das nicht. Mit Sorge schaue ich auf die Entwicklungen in der Türkei. Ich möchte die Menschen in der Türkei ermutigen: Demokratie lässt sich nicht aufhalten.

Unsere freiheitliche Demokratie ist eben keine Selbstverständlichkeit. Über 70 Prozent der Weltbevölkerung leben in Staaten mit autokratischen oder teilautokratischen Staatsformen. Gerade deshalb müssen wir unsere Staatsform mit ganzer Kraft verteidigen, gegen alle, die sie in ihren Grundfesten erschüttern wollen, ganz gleich, aus welcher Richtung diese Angriffe kommen.

Wir können uns freuen über die hohe Wahlbeteiligung bei der vergangenen Bundestagswahl: 82,5 Prozent, die höchste seit der Wiedervereinigung. Nicht freuen und ruhen lassen kann uns das schwindende Vertrauen in Politiker und staatliche Institutionen unseres Landes. Wir brauchen eine neue Vertrauensbeziehung zwischen Bürgerinnen und Bürgern und ihren Volksvertreterinnen und Volks-

Die Wählerinnen und Wähler haben am 23. Februar die Mehrheiten im Deutschen Bundestag neu bestimmt. Es wird eine neue Koalition geben, deren Mehrheitswille dieses Land gestalten soll. Ich will an dieser Stelle auch sagen: Mehrheiten, die demokratisch gefunden worden sind, das sind keine Kartelle.

Eine Regierung hat jeder Staat. Es ist aber das Vorhandensein einer Opposition im Parlament, das eine Demokratie auszeichnet. Als langjähriges Mitglied in diesem Hohen Haus habe ich beides erlebt: Teil der Regierung und der Mehrheitsfraktionen zu sein sowie in der Opposition zu sitzen. Ich weiß um die Lage in den unterschiedlichen Rollen, in denen sich die Abgeordneten des Bundestages befinden. Ihnen, sehr geehrter Herr Alterspräsident, herzlichen Dank für Ihre Rede. Die einen finden Redezeitbeschränkungen gut, andere weniger.

Ich bedanke mich sehr für Ihren Aufgalopp heute. Das Wachen über die Redezeit ist vom Stuhl der Präsidentin aus ein Leichtes; dafür gibt es eine Uhr. Aber ich werde nicht nur auf die Uhr schauen, ich werde auch hinhören - zum Rednerpult und in den Saal hinein. Hierbei gibt es einen ganz klaren Gradmesser für mich: den Anstand. Einen kontroversen Diskurs müssen wir führen, aushalten, ertragen - ja, das gehört dazu -, nach klaren Regeln, nach klaren Verfahren und Mehrheiten. Ich werde darauf achten, dass wir ein zivilisiertes Miteinander pflegen und, wenn wir dies nicht tun, es erlernen. Ja, es kommt beim Streiten auf den Stil an und auch auf den Respekt im Umgang miteinander. Die Art, wie wir hier miteinander umgehen und Argumente austauschen, hat - da bin ich mir sehr sicher - Einfluss auf gesellschaftliche Debatten. Wir ringen hier im Plenum um Lösungen der Probleme, die unser Land aufwühlen. Die vergangene Bundesregierung ist am intensiven Streit auseinandergegangen. Angesichts der Anforderungen, vor denen unser Land steht, sollten wir miteinander den Stil des Diskurses gemeinsam überdenken. Im Parlament führen wir Auseinandersetzungen stellvertretend für die Gesellschaft. Demokratie bedeutet - von "Demos", Volk - also Herrschaft des Volkes. Nicht wir herrschen, sondern das Volk hat uns beauftragt. Und wie wir das tun, das ist prägend. Seien wir grundsätzlich bereit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dem anderen zuzuhören und seine Beweggründe verstehen zu wollen, auch wenn man sie vielleicht nicht teilt. Aber der Ansatz, verstehen zu wollen, stellt keine Überforderung dar, sondern bedeutet einen ordentlichen Umgang miteinan-

Dabei hat die Mehrheit nicht automatisch recht, die Minderheit aber auch nicht. Kritisieren wir einander; das gehört dazu. Aber reden wir uns nicht gegenseitig persönlich schlecht. Wir kommen nicht ins Stolpern, nur weil wir einen Schritt aufeinander zugehen. "Verfallen wir nicht in den Fehler, bei jedem Andersmei-

nenden entweder an seinem Verstand oder an seinem guten Willen zu zweifeln." Das stammt nicht von mir, sondern von Otto von Bismarck.

Die Verengung der zulässigen Diskursräume in Richtung der eigenen Ansichten ist im Übrigen keine gute Entwicklung in jüngster Zeit. Wer Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt ernst nimmt, der muss auch andere Sichtweisen ertragen, sie aushalten.

Nicht jede Meinung, die ich selbst nicht teile, kommt dem Extremismus gleich. Demokratie ist im besten Sinne Zumutung. Haben wir den Mut zum gegenseitigen Zuhören, zum Aushalten des Meinungsspektrums im Rahmen unserer Verfassung.

Vielen Dank, liebe Bärbel Bas, für Ihren Einsatz in den vergangenen dreieinhalb Jahren; Sie haben unermüdlich für faire Debatten in diesem Haus gekämpft. Und wenn man schaut, was alles an Ereignissen in dreieinhalb Jahre passt: Es gab in dieser Zeit bewegende und zum Teil auch sehr kontroverse Sitzungen hier im Deutschen Bundestag. Wir haben etwa über die Folgen der russischen Aggression oder des Terrorangriffs der Hamas, wir haben über die Energieversorgung oder die Rolle der Bundeswehr hier diskutiert. Eine Bundestagsfraktion hat sich aufgelöst. Der Bundeskanzler hat die Vertrauensfrage gestellt. Ich danke Ihnen, liebe Kollegin Bas, im Namen des ganzen Hauses für Ihren Einsatz und für Ihre Verdienste in dieser Zeit. Alles Gute für Sie!

Ich freue mich auch sehr, auf der Ehrentribüne Sabine Bergmann-Pohl und Norbert Lammert begrüßen zu können, unsere Amtsvorgänger. Sehr geehrter Herr Bundespräsident Christian Wulff, ich freue mich sehr, dass auch Sie heute da sind

Ich danke den scheidenden Mitgliedern des Bundestagspräsidiums Yvonne Magwas, Aydan Özoğuz, Katrin Göring-Eckardt, Petra Pau und Wolfgang Kubicki sowie den Schriftführerinnen und Schriftführern.

Und ich danke allen Kolleginnen und Kollegen, die dieses Haus verlassen, für ihre Verdienste um unsere Demokratie. 333 Personen gehören dem neuen Deutschen Bundestag nicht mehr an. Manche haben einfach nicht mehr kandidiert, andere haben eine Wahl verloren, und wieder andere haben eine Wahl gewonnen und trotzdem ihr Mandat verloren. Letzteres ist das Ergebnis des neuen Wahlrechts - leider. Das Ziel der Wahlrechtsreform war eine Verkleinerung des Deutschen Bundestages, und dieses Ziel wurde erreicht. Ich habe aber Zweifel, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ob wir den Wählerinnen und Wählern wirklich überzeugend erklären können, warum 23 Kandidatinnen und Kandidaten, die in ihrem Wahlkreis die Stimmenmehrheit gewonnen haben, nun kein Mandat zugeteilt wird.

Zugegeben, das Wahlrecht war in Deutsch-

land schon immer etwas kompliziert. Doch eines konnte man bislang sehr einfach erklären: dass die Wähler mit ihrer Erststimme einen Abgeordneten in den Deutschen Bundestag wählen.

Aus diesem Grund: Sollten nicht künftig wieder diejenigen, die in ihrem jeweiligen Wahlkreis das größte Vertrauen genießen, ihre Heimat auch im Deutschen Bundestag vertreten dürfen? Es muss doch möglich sein, das Ziel der Wahlrechtsreform - eine deutliche Verkleinerung des Bundestages - mit einem verständlichen und gerechten Wahlrecht zu verbinden. Da sind wir alle gefordert; ich sage das auch an meine eigenen Reihen gerichtet. Als je verständlicher und gerechter ein Wahlsystem empfunden wird, desto größer ist dessen Akzeptanz in der Bevölkerung. Deshalb: Lassen Sie uns ruhig in dieser neuen Legislaturperiode noch einmal gründlich darüber nachdenken.

Schließlich ein herzliches Dankeschön an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter – sei es in der Bundestagsverwaltung, in den Abgeordnetenbüros oder in den Fraktionen –: Danke für Ihre umsichtige Organisation nicht nur des heutigen Tages. "Demokratie möglich machen" ist der selbstgewählte Leitspruch der Bundestagsverwaltung – ein treffender Satz, der vor allem die Motivation der rund 3 200 Menschen zeigt, die uns Abgeordnete aus der Verwaltung heraus unterstützen. Nach der Verkleinerung des Deutschen Bundestages

gierung.

Zentrales Instrument für diese Rechenschaft ist im Übrigen das parlamentarische Fragerecht. Dieses müssen wir weiter stärken, nicht zuletzt mit Blick auf die Regierungsbefragung. Durch die vorgezogene Neuwahl konnte der 20. Bundestag ein großes Projekt, das ich mit Blick auf die Stärkung des Parlamentes für sehr essenziell betrachte, nicht zu Ende bringen: die Reform der Geschäftsordnung. Ich werde dafür arbeiten, dass wir eine Reform in dieser Legislaturperiode gemeinsam hinbetermens

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vor etwas mehr als einem Jahr haben wir an dieser Stelle unseres ehemaligen Bundestagspräsidenten Dr. Wolfgang Schäuble gedacht. Bei einer Konferenz der EU-Parlamentspräsidenten hatte er vor der – ich zitiere – "algorithmengesteuerten Aufmerksamkeitsökonomie" im Netz gewarnt, die Teilöffentlichkeiten zementiere, Hass und Desinformation befördere und die Gesellschaft polarisiere. Wir können die Algorithmen nicht ändern. Wir können diese Teilöffentlichkeiten aber auch nicht einfach sich selbst überlassen. Beschreiten wir den Weg in die sogenannten sozialen Medien noch stärker! Ich nenne diese Plattformen die "digitalen Theken". Wir müssen dort ebenso streitbar Position beziehen wie an den Stammtischen im Land oder hier im Deutschen Bundestag. Wir müssen aber auch dem Irrtum entgegentreten, dass die in der eigenen Blase

**>>** 

Wir als Volksvertreter dürfen uns nicht zu fein sein, Fehler einzugestehen.

JULIA KLÖCKNER, BUNDESTAGSPRÄSIDENTIN

auf 630 Sitze werden wir zu Recht mit der Frage konfrontiert, ob ein kleineres Parlament nicht auch mit weniger eigenen Ressourcen auskommen kann. Die Frage ist berechtigt. Ich verspreche, dieser Frage nicht auszuweichen. Lassen Sie uns parlamentarisch auch in den Kommissionen des Ältestenrates darüber beraten, wie wir konsolidieren und sparen und mit gutem Beispiel vorangehen können, einem Beispiel, dem sich die Bundesregierung dann gerne anschließen kann.

Wie wird, verehrte Kolleginnen und Kollegen, unsere künftige Arbeit nun aussehen? Sie sollte von Kompromissen geleitet sein. Der politische Kompromiss ist systemimmanent. Demokratie ohne Kompromiss ist keine Demokratie; der Kompromiss ist ihr Wesenskern und der Normalfall. Und der Kompromiss ist eben nicht nur die zweitbeste Lösung. Wer Kompromisse schließt, zeigt Stärke und Handlungsfähigkeit. Dabei muss ein Kompromiss keineswegs nur das Verständigen auf den kleinsten gemeinsamen Nenner sein. Der Kompromiss dient nicht selten dem Ausgleich sich gegenseitig widerstrebender Interessen. Er kann auch befrieden. Wichtig ist, dass er sachlich gut begründet werden kann, sinnvoll und auch zielführend ist. Am Ende stehen mehrheitlich beschlossene Entscheidungen, die von allen respektiert werden müssen. auch von jenen, die anderer Meinung sind.

Es war Helmut Schmidt, der sagte: In der Demokratie gibt es keine dauerhaften Siege, aber auch keine endgültigen Niederlagen. - Je breiter das politische Spektrum, desto wichtiger werden diese gemeinsamen Grundregeln, die von allen akzeptiert werden. Eine offene Fehlerkultur kann uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, helfen, verlorengegangenes Vertrauen in die Politik wiederzugewinnen. Wir als Volksvertreter dürfen uns nicht zu fein sein, Fehler einzugestehen. Ja, wir alle machen Fehler. Wo Menschen handeln, passieren Fehler. Diese zuzugeben, ist die einzigartige Stärke der Demokratie; in einer Diktatur hören Sie nichts von Fehlern. Dieses Parlament wird der neuen Bundesregierung mindestens ebenso deutlich auf die Finger schauen, wie es der 20. Deutsche Bundestag bei der alten Bundesregierung getan hat. Sollte eine neue Regierung die Auffassung entwickeln, dieses Parlament sei nur zum Abnicken ihrer Vorstellungen gewählt, möchte ich schon heute möglichen späteren Enttäuschungen vorbeugen. Wir Abgeordneten kontrollieren die Regierung. Sie schuldet uns Rechenschaft, und nicht umgekehrt; denn das Parlament ist

keine nachgeordnete Behörde der Bundesre-

entwickelten Auffassungen mit denen der Mehrheit gleichzusetzen sind. Lautstärke ist nicht automatisch Mehrheit.

Das Politische braucht die konkrete Begegnung, das Miteinander und auch den zivilisierten Streit. Das gilt auch für die virtuelle Öffentlichkeit. Demokratie nur digital, das wird niemals gelingen. Dennoch: Wir müssen an den "digitalen Theken" präsent sein und mitreden, wir Abgeordneten persönlich, aber auch das Parlament als Ganzes. Dazu gehört eine noch besser funktionierende, benutzerorientierte Digitalisierung unserer parlamentarischen Arbeit. Der Deutsche Bundestag ist schon eines der meistbesuchten Parlamente dieser Welt. Das ist etwas Wunderbares. Wir sind aber noch lange nicht das modernste Parlament dieser Welt: das sollte unser Anspruch werden.

Der 21. Bundestag ist natürlich anders als seine Vorgänger. Was bleibt, ist die Vielfalt, zum Beispiel an beruflichen Hintergründen, Lebenswegen und Lebenserfahrungen. Ein Blick auf die Berufsbilder zeigt: An Juristen und Lehrern mangelt es uns weniger. Gut ist, dass auch Krankenschwestern, Erzieherinnen und Handwerker unter unseren Volksvertretern sind

Das Durchschnittsalter der Abgeordneten beträgt 47 Jahre. Sehr geehrte Herren, Sie erhöhen das Durchschnittsalter; die Frauen hier im Parlament sind im Durchschnitt jünger. Der Jüngste in diesem Parlament ist 23 Jahre alt und der Älteste 84. 230 von uns sind neu in diesem Parlament. Ich verspreche Ihnen: Auf Sie wartet eine außergewöhnliche, eine erfüllende und gleichzeitig auch sehr fordernde Arbeit. Doch vergessen Sie bitte bei all Ihren fordernden und zehrenden Einsätzen nie Ihre Familien und Freunde, diejenigen, die eben vorher schon da waren. Auch wir Abgeordnete, die wir häufig in der Öffentlichkeit stehen und

Das frisch gewählte Präsidium des 21. Deutschen Bundestages: Bundestagspräsidentin Julia Klöckner (Mitte) und ihre Vizes Omid Nouripour (Die Grünen, v.l.n.r.), Josephine Ortleb (SPD), Andrea Lindholz (CSU) und Bodo Ramelow (Die Linke).

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte.
Das Plenarprotokoll und die vorliegenden
Drucksachen sind im Volltext im Internet
abrufbar unter:
http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des
Parlamentfernsehens als Live-Video- und
Audio-Übertragung zur Verfügung.

www.bundestag.de/live/tv/index.html

14 **DEBATTEN DOKUMENTATION** 

angegriffen werden, brauchen Rückzugsorte, werden können, wenn die Mutter abstim-Erdung und manchmal guten Zuspruch. Frauen machen im Übrigen weniger als ein Drittel der Abgeordneten aus. Dabei besteht unsere Gesellschaft zu mehr als der Hälfte aus Frauen. Ein Parlament, das für alle spricht, sollte die gesellschaftlichen Gruppen angemessen repräsentieren; das ist mit Blick auf die Geschlechter ganz offensichtlich noch nicht überall gelungen. Denn das Wahlrecht hindert seit 1918 keine Frau mehr an der Kandidatur, die Rahmenbedingungen tun es offenbar sehr wohl. Für mich heißt das: Wir müssen uns mehr anstrengen, um mehr Frauen in die Politik und in die Parlamente zu holen. Dazu gehören – nicht nur, aber auch – Lebensnähe und eine bessere Vereinbarkeit von Familie

Konkret möchte ich Ihnen kurz von vergangener Woche berichten. Nachdem wir hier im Saal debattiert hatten, wurde abgestimmt. Zwei junge Mütter kamen auf mich zu. Beide trugen einen drei bzw. vier Wochen alten Säugling bei sich. Warum? Weil diese kleinen Menschen nicht einfach abgelegt men muss und ihre Präsenz erforderlich ist. Damit dies möglich war, musste eine Sondergenehmigung recht umständlich erteilt werden. Wenn wir mehr Menschen aus allen Lebensbereichen und vor allem mehr Frauen in diesem Parlament haben wollen, dann müssen wir mehr auf Lebenspraktikabilität

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir Abgeordnete sind viel unterwegs in unseren Wahlkreisen - bei den Menschen, die uns gewählt haben, aber auch bei denen, die uns nicht gewählt haben. Als Abgeordnete vertreten wir nicht nur dieienigen, die uns gewählt haben: das sollte uns sehr bewusst sein. Wir vertreten ein ganzes Volk; aber niemand vertritt ein ganzes Volk allein. Wir nehmen mit, was die Bürgerinnen und Bürger beschäftigt und was sie sich wünschen. Vielleicht wissen und fühlen wir Abgeordnete manchmal besser als Forschungsinstitute, was die Menschen wirklich bewegt. Dafür brauchen wir das "hörende Herz", von dem Papst Benedikt in seiner Rede hier im Deutschen Bundestag gesprochen hat. Dieses "hörende Herz" brauchen auch wir Abgeordnete untereinander als Grundlage und zugleich als Voraussetzung für ein gedeihliches Miteinander. Erst zusammen sind wir Deutschland. Niemand allein ist Deutschland. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen unsere Arbeit in einer sehr aufgewühlten Zeit auf - gesellschaftspolitisch, wirtschaftlich, geostrategisch. Europa muss jetzt mehr Verantwortung für die eigene Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit übernehmen. Ich danke allen Soldatinnen und Soldaten, auch unserer Polizei, allen Sicherheits- und Rettungskräften in unserem Land für ihren Dienst und ihren Einsatz zu unser aller Wohl und unser aller Schutz. Wer Sie angreift, greift uns alle an. Aber Deutschland kämpft gerade auch um seine internationale Wettbewerbsfähigkeit und damit um Wachstum, Wohlstand, Arbeitsplätze und Nachhaltigkeit. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns, dass wir ihre Probleme und Sorgen angehen. Sie wollen konsequente Reformen, auch in der Politik

Es ist ein schöner Zufall, dass sich der 21.

Bundestag an einem 25. März konstituiert, dem Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. Ohne die großen Staatsmänner Konrad Adenauer und Charles de Gaulle wäre die europäische Einigung nicht möglich gewesen. In meiner Heimatstadt Bad Kreuznach haben sie sich zum ersten Mal auf deutschem Boden getroffen. Später knüpften Helmut Kohl und François Mitterrand daran an. Ich freue mich, wenn wir international die Kontakte halten, intensivieren und aufbauen.

Ich freue mich besonders, dass heute der Botschafter des Staates Israel, Ron Prosor, unser Gast ist. Wir erleben immer wieder Angriffe auf jüdisches Leben in unserem Land. Nicht nur an den Rändern der Gesellschaft erstarken Kräfte, die den Nationalsozialismus verharmlosen. Auf der Straße, auf den Schulhöfen, in Universitäten und im Internet sind rassistische und antisemitische Parolen zu hören. Keine Form des Antisemitismus darf salonfähig werden, keine ist tolerabel, und keine ist zu entschuldigen! Sehr geehrter Herr Botschafter, am 12. Mai jährt sich

zum sechzigsten Mal die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Deutschland und Israel. Der Einsatz für jüdisches Leben in Deutschland und die Beziehung zwischen Deutschland und Israel werden mir in meinem Amt ein wichtiges Anliegen sein.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns an die Arbeit gehen. Wir müssen in unserem Land die Stimmung wieder verbessern, nicht uns permanent selbst schlechtreden. Wir brauchen Optimismus und Zuversicht. Dieser Ruck, dieser Optimismusruck, muss wieder durch unser Land gehen.

Ich wünsche Ihnen allen und Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern alles Gute für diese neue Legislaturperiode. Ich wünsche uns eine gute und glückliche Hand, ein hörendes Herz und denen, denen es wichtig ist, wie mir auch, Gottes reichen Segen. Mögen wir behütet sein und wissen: Wir geben immer nur die vorletzten Antworten auf die großen Fragen unserer Gesellschaft.

Wir sind ein rohstoffarmes Land. Es gibt nur

einen Rohstoff, den wir reichlich haben, und

Alles Gute und herzlichen Dank.

**Dr. Gregor Gysi, Die Linke,** Alterspräsident:

# **Anstand und Respekt** vor dem Grundgesetz



Gregor Gysi (\*1948) Wahlkreis Berlin-Treptow-Köpenick

ls ich 1990 das erste Mal für den Bundestag kandidierte, trugen junge Mitglieder meiner Partei ein Plakat, auf dem stand, dass ich noch Alterspräsident werde. Dies hielt ich für einen netten Scherz, habe aber niemals daran geglaubt. Sie sollten recht behalten, nicht ich. Nun bin ich zwar nicht der älteste Abgeordnete, aber der dienstälteste. Die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland konnten schon seit August 1949 an den Wahlen teilnehmen, ich erst seit Ende 1990. Alle aus den alten Ländern zu überholen, war nicht einfach; aber ich habe es geschafft.

Wenn Sie Professor Dr. Lammert vorher gefragt hätten, hätte er Sie wahrscheinlich davor gewarnt, mir eine Rede ohne Redezeitbegrenzung im Bundestag zuzubilligen. Aber ich werde das Recht nicht missbrauchen.

Wenn ich an Alterspräsidentinnen und -präsidenten denke, fallen mir Linke wie Clara Zetkin, Willy Brandt, Stefan Heym, Fred Gebhardt und andere ein. Ich denke aber auch an bedeutende Konservative wie Helmuth Graf von Moltke oder Wolfgang Schäuble.

Ich möchte im Namen aller Anwesenden der Präsidentin des 20. Deutschen Bundestages. Frau Bärbel Bas, herzlich für ihre faire und kluge Leitung unseres Parlaments danken. Ich begrüße auch alle ehemaligen Abgeordneten des 20. Deutschen Bundestages auf den Besucherrängen und danke ihnen für die von ihnen geleistete Arbeit.

Der neugewählte Bundestag, der sich heute konstituiert, muss in einer schweren Zeit agieren. Es gibt immer mehr bewaffnete Konflikte auf unserem Planeten. Wir haben einen Krieg in Europa, kriegerische Auseinandersetzungen im Nahen Osten und viele bewaffnete Konflikte in Afrika. Das Völkerrecht wird von vielen Seiten immer wieder verletzt. Wir sind uns hoffentlich alle einig, dass Russland gegen die Ukraine einen völkerrechtswidrigen Krieg führt. Das müssen wir verurteilen. Wir brauchen eine neue Sicherheitsstruktur, eine neue Friedensordnung in Europa. Das geht nicht ohne Russland, ist aber eine schwere Aufgabe. Die Mehrheit der Mitglieder des Bundestages geht davon aus, dass man durch die Bundeswehr und deren Waffen ein hohes Abschreckungspotenzial benötigt, damit kein

Land es wagte, uns anzugreifen; sie meinen, dass nur auf dieser Basis auf Augenhöhe Verhandlungen geführt werden können. Diejenigen, die das anders sehen, zum Beispiel ich, dürfen diejenigen, die diesen Standpunkt vertreten, niemals als Kriegstreiber bezeichnen; denn sie wollen ja auf ihrem Weg Frieden sichern. Die Minderheit im Haus, zu der ich gehöre, vertritt eine andere Auffassung. Die Regierungen von Finnland und Schweden begründeten ihren Beitritt zur NATO damit, dass Russland sie dann nicht mehr angreifen könne, weil ein Angriff auf sie den Bündnisfall auslöste, es zum dritten Weltkrieg käme, sodass auch von Russland so gut wie nichts übrig bliebe. Da Deutschland schon Mitglied der NATO ist, muss das auch für Deutschland gelten. Nun wird allerdings zu Recht bezweifelt, dass die USA noch zu ihrer Verpflichtung stehen. Trotzdem: Wenn alle anderen Mitglieder zu ihrer Verpflichtung stünden, kann sich Russland auf einen solchen Krieg nicht einlassen. Diese Minderheit im Bundestag setzt deshalb auf Deeskalation, Interessenausgleich, viel mehr Diplomatie, gegenseitige Abrüstung und die strikte Wahrung des Völkerrechts durch alle Staaten. Das ist ihr Weg zum Frieden. Die anderen sollten solche Menschen nicht als Putin-Knechte bezeichnen: denn es geht auch ihnen um nichts anderes als um

Die Bundeswehr muss selbstverständlich verteidigungsfähig sein. Niemand bestreitet. dass die französischen Streitkräfte in der Lage sind, Frankreich zu verteidigen, Im Jahre 2023 gab der französische Staat laut Statistischem Bundesamt für seine Armee und Rüstung insgesamt 61,3 Milliarden US-Dollar aus. Wir gaben im selben Jahr für Armee und Rüstung 66,8 Milliarden US-Dollar aus. Liegt es wirklich an der Menge des Geldes? Oder könnte es nicht sein, dass das Geld auch falsch eingesetzt wird? Wenn die französischen Streitkräfte die Verteidigungsfähigkeit mit weniger Geld herstellen können, warum nicht wir? Zumindest lohnte es sich, auch mal in dieser Richtung nachzudenken und die Strukturen

Und ein Problem ist und bleibt - weltweit -. dass die Rüstungsindustrie überwiegend privat ist und deshalb sehr viel an Rüstung und damit an Kriegen verdient wird. Wenn es uns gelänge, dass niemand mehr an Kriegen verdiente, wären wir dem weltweiten Friedensziel wesentlich näher. Es gibt also unterschiedliche Auffassungen, wie man zum Frieden gelangt. Wir müssen einfach lernen, zu respektieren, dass es diese Unterschiede gibt. Wenn wir mehr Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung erreichen wollen, sollten wir in unserer Sprache das Maß wahren und Menschen mit anderer Auffassung nicht immer das Übelste unterstellen.

Unsere Sprache muss auch allgemeinverständlich werden: die Bürgerinnen und Bürger müssen verstehen, worüber wir hier diskutieren. Wir sollten den gehobenen Stil überwinden. Ferner müssen wir alle ehrlicher werden. Man muss die wahren politischen Beweggründe für Entscheidungen angeben und nicht falsche, von denen man meint, dass eine Mehrheit sie trägt. Es ist auch überhaupt nicht nötig, im Wahlkampf Forderungen zu stellen, Bedingungen zu nennen und dann das Gegenteil zu betreiben. Man sollte mit Wahrheiten gewählt werden, sonst baut man die Glaubwürdigkeit der Politik ab und hilft genau jenen, denen man überhaupt nicht helfen will. Wie wäre es mit einer breiteren politischen Kultur bei uns - so wie in Frankreich? Könnten einige Linke nicht aufhören, sich gegen die Benennung einer Straße nach Otto von Bismarck zu wenden? Kritik an ihm ist tung. Mit Mitgliedern des Hohen Hauses und einer Partei, die die deutsche Verantwortung für das schlimmste Menschheitsverbrechen als "Schuldkult" verunglimpfen und marginalisieren wollen, sind Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit nicht zu verteidigen. Es braucht dafür keine Brandmauer, sondern

schichte dafür eine besondere Verantwor-

schlicht und einfach Anstand und Respekt vor dem Grundgesetz. Dessen Artikel 1 ist die zentrale Lehre aus dem dunkelsten Kapitel unserer Geschichte. Nie wieder dürfen wir die Würde eines Menschen antasten. Ich sage das auch im Wissen darum, dass meine Großmutter die Nazibarbarei nur überleben konnte, weil sie im nichtbesetzten Teil von Frankreich Aufnahme fand. Ihre Mutter und ihr Bruder wurden im Vernichtungslager Auschwitz er-

Ich sprach über die Jüdinnen und Juden; aber wir müssen auch an die Palästinenserinnen und Palästinenser denken. Sie haben auch ein Recht auf ein Zuhause. Der genannte UNO-Beschluss sieht auch für sie einen Staat vor. Sie sind aber weder israelische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger noch Staatsbürgerinnen und Staatsbürger eines anderen Landes,

das sind Bäume; aber die haben wir vornehmlich zu schützen. Ergo sind Bildung und Ausbildung ein zentrales Anliegen in unserer Gesellschaft. Wir haben zu viele junge Leute, die keinen Beruf erlernen. Es gibt zu viele Schulabbrecherinnen und Schulabbrecher. Die Zeugnisse aus dem einen Bundesland sind mit denen aus einem anderen nicht gleichzusetzen. Wir als Staat und Gesellschaft sind verpflichtet, allen Kindern und Jugendlichen einen chancengleichen Zugang zu Bildung und Ausbildung, zu Kunst und Kultur und zum Sport zu ermöglichen. Davon sind wir leider weit entfernt. Ich weiß, dass die Schulbildung Angelegenheit der Länder ist. Trotzdem dürfen wir uns nicht mit dieser Begründung aus der Verantwortung ziehen, und ich plädiere dafür, im Grundgesetz das Kooperationsverbot durch ein Kooperationsgebot zu ersetzen, auch damit Schulzeugnisse in ganz Deutschland gleichwertig werden. In Anbetracht der neuen Situation müssen sich auch die Bundesländer überlegen, wie wir Kinder und Jugendliche so bilden, dass für sie Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit erstrebens-

werte Ziele werden. Ich bin auch der Auffassung, dass dann, wenn man Kinder früh trennt, eine soziale Ausgrenzung stattfindet. In Berlin und Brandenburg werden die Kinder in der Regel erst nach der sechsten Klasse getrennt, in vielen Bundesländern nach der vierten. Es ist interessant, dass allein diese zwei Jahre Unterschied dazu führen, dass hier prozentual deutlich mehr Kinder von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Abitur machen als in anderen Bundesländern. Ich denke, eine Trennung erst nach der achten Klasse wäre noch besser. Vielleicht könnten wir auch einen Blick nach Frankreich oder Finnland werfen, wo es andere - vielleicht bessere - Schulbedingungen gibt als bei uns. Wir hatten und haben eine Energiekrise und

eine Inflation. Die Lebensmittelpreise sind im Laufe von drei Jahren um 35 Prozent gestiegen. Viele Bürgerinnen und Bürger leben von Sozialleistungen, haben eine niedrige Rente oder verdienen zu wenig. Für sie ist das eine ungeheure Belastung, und sie verlieren das Vertrauen in die etablierte Politik, wenn keine ernsthaften Maßnahmen dagegen unternommen werden. In Deutschland kennen wir die belgische und luxemburgische Regelung nicht, nach der sämtliche Löhne, Gehälter, Renten, Pensionen und Sozialleistungen jährlich per Gesetz um die Inflationsrate des Voriahres erhöht werden, sodass die Kaufkraft auch im Interesse der Wirtschaft – nie sinkt. Ich finde den Wettbewerb, wer am meisten bei den Ärmsten kürzt, unwürdig für den Deutschen Bundestag. Bitte denken Sie an die Höhe unserer Einkommen!

Auf bestimmten Gebieten darf man meines Erachtens niemals sparen. Das gilt für Gesundheit, Bildung und Ausbildung, Kunst und Kultur und weitgehend auch für Wissenschaft und Forschung. Hinsichtlich des Zugangs zu Internet und Onlinediensten haben wir den Anschluss verpasst. Viele afrikanische Staaten sind weiter als wir. Das darf uns bei der künstlichen Intelligenz nicht wieder passieren, sowohl hinsichtlich der Chancen als auch bei der Abwehr von Gefahren.

Viele Menschen machen sich Sorgen wegen der Globalisierung und der Geflüchteten. Aber wenn ich allein an Frieden, die Überwindung von Hunger und Elend, die ökologische Nachhaltigkeit denke, kommen wir an globalen Lösungen nicht vorbei. Deutschland braucht jährlich 400 000 Fachkräfte aus dem Ausland. Es muss auch eine wesentlich bessere Inte-

Die Lebensmittelpreise sind im Laufe von drei Jahren um 35 Prozent gestiegen.

GREGOR GYSI, ALTERSPRÄSIDENT

selbstverständlich erlaubt; aber er bleibt eine bedeutende historische Persönlichkeit. Und könnten sich nicht Konservative einen Ruck geben und es unterstützen, eine Straße nach Clara Zetkin zu benennen, einer Frau, die mutig gegen Armut und Elend und für die Gleichstellung der Geschlechter kämpfte?

Übrigens: Karl Marx ist weltweit einer der bekanntesten Deutschen. Selbstverständlich darf auch er kritisiert werden; aber er ist und bleibt ein großer Sohn unseres Volkes, und man sollte wenigstens eine Universität nach ihm benennen, vielleicht die, die sich in seiner Geburtsstadt Trier befindet. Das verpflichtet niemanden an der Universität, marxistisch zu werden, zumal Karl Marx, als der Begriff des Marxismus aufkam, erklärte, kein Marxist zu sein; man kann sich also auch auf ihn stüt-

Zum Konflikt im Nahen Osten möchte ich Folgendes erklären: Die Jüdinnen und Juden wurden Tausende Jahre lang in vielen Ländern diskriminiert, benachteiligt, sahen sich Verboten ausgesetzt. Bestimmte Berufe zum Beispiel wurden ihnen untersagt, sodass sie andere ergreifen sollten und mussten, was ihnen später wieder vorgeworfen wurde. Aber es blieb nicht dabei. Aus dem Antijudaismus im Christentum wurde ein schlimmer Antisemitismus. Er ging letztlich so weit, dass Jüdinnen und Juden auch geschlagen und ermordet wurden. Am schlimmsten haben wir Deutsche es während der Nazizeit getrieben, indem 6 Millionen Jüdinnen und Juden industriell ermordet wurden. Das ist einzigartig in der Geschichte der Menschheit. Jüdinnen und Juden müssen weltweit endlich das Recht haben, dort, wo sie wohnen, gleichberechtigt wie alle anderen Bürgerinnen und Bürger zu leben und behandelt zu werden. Sie haben entsprechend dem Beschluss der UNO von 1947 auch ein Recht auf einen jüdischen Staat, auf ein sicheres Zuhause. Israel muss souverän, unabhängig und sicher sein und werden. Wir haben aufgrund unserer Geund ihre eigene Staatsbürgerschaft wird vielfach nicht anerkannt. Es gibt für sie zurzeit keine Aussicht auf eine zivile Zukunft, für die es sich einzusetzen lohnte. Nur wenn es eine solche Aussicht gäbe – und das kann nur ein souveräner, unabhängiger, eigener Staat sein -, wäre man in der Lage, Terrororganisationen wie die Hamas und die Hisbollah zu überwinden. Es ist bedauerlich, dass die gegenwärtige Regierung in Israel und die gegenwärtige Mehrheit in der Knesset einen solchen Weg für die Palästinenserinnen und Palästinenser ausschließen und glauben, alles militärisch unter Inkaufnahme auch ziviler Toter lösen zu können. Wir müssen deshalb verstärkt international für die Zweistaatenlösung werben, und wir stehen aufgrund unserer Geschichte auch den Palästinenserinnen und Palästinensern gegenüber in einer besonderen Verant-

Krisen erschüttert. Die ökologische Nachhaltigkeit ist für die jüngere Generation besonders wichtig, weil sie im Unterschied zu mir noch viele Jahrzehnte Leben vor sich hat. Das Klima müssen wir nicht als Selbstzweck, sondern für die Menschen retten. Allerdings bitte ich die jungen Leute, Protestformen zu finden, mit denen sie eine Mehrheit der Bevölkerung gewinnen, statt das Gegenteil zu erreichen. Ich erinnere auch an die Pandemie und die Notwendigkeit, über eine Enquete-Kommission aufzuarbeiten, was richtig und was falsch gemacht wurde. Ich selbst habe mich umfangreich impfen lassen. Andere aber hatten Angst, lehnten es ab, wollten es nicht. Ich habe nicht verstanden, weshalb fast nur über sie, aber nicht mit ihnen geredet wurde. Das galt für die Politik und die Medien. Die vollzogenen Einschränkungen an Freiheiten bedürfen einer besonderen Untersuchung, um festzustellen, welche falsch und überflüssig waren und nie wiederholt werden dürfen und

welche als unerlässlich angesehen werden

Deutschland war und ist durch verschiedene

gration für Menschen aus anderen Ländern geben. Das Wichtigste ist, dass es sofort eine Arbeitserlaubnis gibt. Auch wenn dann ein Asylantrag abgelehnt wird, schadet es überhaupt nichts, wenn die betreffende Person bis dahin schon arbeiten konnte. Übrigens können sie dann auch etwas für unsere Gesellschaft leisten.

Nun möchte ich Ihnen gerne überparteiliche Gremien für den Bundestag vorschlagen, in denen wir offen, ehrlich und ohne Öffentlichkeit bestimmte Fragen erörtern und im Falle von Ergebnissen diese dann der Öffentlichkeit vorstellen.

Erstens brauchen wir ein solches Gremium für eine sichere künftige Rente. Es gibt Ideen, das Renteneintrittsalter zu erhöhen oder mit der Rente an den Aktienmarkt zu gehen. Ich habe, wie Sie wissen, mehr als Bedenken; trotzdem kann und muss darüber gesprochen werden. Auf der anderen Seite gibt es aber auch Vorschläge, dass alle Bürgerinnen und Bürger mit Erwerbseinkommen in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen sollen, das heißt auch Bundestagsabgeordnete, dass eine deutliche Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze eingeführt und der Rentenanstieg für Bestverdienende abgeflacht wird. Über Steuern auf Renten müssen wir auch sprechen. Über all diese Wege sollte in einem solchen Gremium geredet werden.

Ein zweites Gremium sollte sich mit der Frage der Steuergerechtigkeit beschäftigen. Sie wissen, dass die Höchststeuer bei Lohn und Gehalt bei 45 Prozent liegt. Sie wissen auch, dass die Höchststeuer bei Einkünften aus der Kapitalverwertung, also von Zinsen, Erträgen aus Fonds und Gewinnen aus Aktien, bei 25 Prozent liegt. Natürlich müssen die Kapitalgesellschaften vorher schon Steuern zahlen, was die Gewinne reduziert. Aber Unternehmen, die Menschen beschäftigen, müssen auch Steuern bezahlen, was ihre Gewinne und auch ihren Spielraum für Löhne und Gehälter ebenfalls reduziert.

Das alles müsste einmal geprüft werden. Wenn es die gleichen Freibeträge und Steuern für Löhne, Gehälter und Einkünfte aus der Kapitalverwertung gäbe, hätten wir die Chance, endlich die Mitte zu entlasten.

Es gibt einen Steuerbauch für die mittleren Einkommen. Dieser muss überwunden werden. Die Mitte der Gesellschaft bezahlt bei uns den größten Anteil der staatlichen Einnahmen. Eine Studie des Netzwerks Steuergerechtigkeit stellte fest, dass eine Mittelstandsfamilie bei uns 43 Prozent Steuern und Abgaben auf ihre Einnahmen zahlen muss, während eine Milliardärsfamilie nur 26 Prozent der Einnahmen abführt. Wenn wir die Mitte kaputtmachen, können wir denen unten nicht mehr helfen und die oben können dann auch nicht mehr existieren. Der Bundestag sollte also mehr Mut entwickeln, die besonders Reichen und die Konzerne angemessen und gerechter heranzuziehen.

Ich möchte noch ein nettes Beispiel für unse-

ren Steuerwirrwarr nennen: Es gibt fünf verschiedene Umsatzsteuern für Weihnachtsbäume. Der künstliche Weihnachtsbaum zieht eine Umsatzsteuer von 19 Prozent nach sich. Der gezüchtete Weihnachtsbaum aus dem Bau- und Gartencenter zieht eine solche von 10,7 Prozent nach sich. Der selbst geschlagene gezüchtete Weihnachtsbaum zieht eine Umsatzsteuer von 7 Prozent nach sich. Erwirbt man direkt von der Forstwirtschaft einen natürlich geschlagenen Weihnachtsbaum, zieht das eine Umsatzsteuer von 5,5 Prozent nach sich. Dann gibt es noch die Möglichkeit, dass man rechtswidrig sich selbst einen Baum im Wald schlägt. Das zieht gar keine Umsatzsteuer nach sich. Aber in den anderen vier Fällen müsste es doch möglich sein. zu einer einheitlichen Regelung zu gelangen. In einer dritten überparteilichen Gruppe könnten wir uns mit unserem gesamten Krankenkassensystem auseinandersetzen. Die Kosten im Gesundheitswesen steigen. Meines Erachtens gehören Gesundheit und Pflege zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Ein Krankenhaus muss sich nicht in erster Linie rechnen. sondern für Gesundheit sorgen. Brauchen wir wirklich so viele gesetzliche Krankenkassen, wie es sie gegenwärtig gibt? Ist es wirklich richtig, dass Privatversicherte deutlich bessergestellt sind als gesetzlich Versicherte? Geht es nicht bei jedem Menschen um die möglichst zügige und beste Behandlung und Befreiung von Krankheiten, egal ob er mehr oder weniger verdient? Es gibt auch die Vorstellung, dass nicht nur von Löhnen und Gehältern Beiträge in die Krankenkasse und Pflegeversicherung eingezahlt werden sollen, sondern auch von den genannten Einkünften aus der Kapitalverwertung. All diese Fragen sollten in diesem überparteilichen Gremium diskutiert und untersucht werden. Vielleicht kommen wir dann zu besseren Lösungen als

gegenwärtig.

Mein letzter Vorschlag für ein überparteiliches Gremium betrifft die Bürokratie. Jede Regierung nimmt sich Bürokratieabbau vor und scheitert in aller Regel. Das liegt daran, dass es immer einen Grund für irgendeine Regelung gibt. Wenn wir uns nicht an eine generelle Reform herantrauen, wird sich an der Bürokratie so gut wie nichts ändern. In diesem überparteilichen Gremium könnten wir darüber diskutieren, ob wir nicht in den meisten Fällen das Recht drehen sollten. Gegenwärtig ist es so, dass Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und andere Einrichtungen Anträge bei der zuständigen Behörde stellen und warten und warten und warten. Nach sechs Monaten können sie eine Untätigkeitsklage beim Verwaltungsgericht erheben. Das ist schon deshalb besonders nützlich, weil sie vielleicht nach Ablauf eines Jahres den ersten Termin zur mündlichen Verhandlung beim Gericht bekommen. Mit anderen Worten: So kommen wir nicht weiter. Was halten Sie von der Idee, in vielen Fällen – selbstverständlich muss es auch Ausnahmen geben - das Recht dergestalt zu verändern, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller nachweisen muss, dass und wann er bei der zuständigen Behörde einen Antrag gestellt hat, und wenn er nicht innerhalb von sechs Wochen einen schriftlich begründeten Widerspruch durch die Behörde erhält, gilt der Antrag als genehmigt? Es geht nicht um eine Postkarte, die man automatisch versenden kann, sondern um einen schriftlich begründeten Widerspruch. Die Behörde muss nachweisen, dass die Antragstellerin oder der Antragsteller einen solchen Widerspruch erhalten hat. Was glauben Sie, wie genehmigungsfreundlich unser Staat plötzlich werden würde. In dem Gremium könnten wir diskutieren, in welchen Fällen diese Umkehr möglich ist und in welchen nicht, welche personellen Konsequenzen es hätte.

Mit weiteren Vorschlägen zu überparteilichen Gremien möchte ich Sie heute nicht belästigen. Ich freute mich über diesen Beifall. Ich finde es gut, dass es gesetzliche Vorschriften über die Beschäftigung von Menschen mit Behinderung gibt. Wenn Unternehmen ab einer bestimmten Größenordnung die Quote nicht einhalten, müssen sie eine Ausgleichsabgabe zahlen. Diese können sie aber von der Steuer absetzen. Damit ist die Wirkung gleich null. Außerdem klingt es auch etwas daneben, dass der Staat eine Abgabe anordnet und derjenige, der sie bezahlen muss, sie wiederum von seinen Zahlungen an den Staat absetzen

Wir müssen bei der Gleichstellung von Menschen weiterkommen. Weder die Hautfarbe noch die Nationalität noch die Religion noch die sexuelle Orientierung dürfen eine Rolle spielen. Ich bin dafür, die Diversen ins Grundgesetz aufzunehmen, damit sie in ihren Grundrechten geschützt werden. Wichtig ist, was Menschen tun und unterlassen, welchen Charakter sie haben. Nur danach dürfen sie beurteilt und bewertet werden. Hinsichtlich der Nationalität begrüße ich, dass ein Vertreter der dänischen Minderheit wieder Mitglied unseres Bundestages geworden ist.

Ich muss darauf eingehen, dass wir immer noch keine vollständige Einheit in Deutschland hergestellt haben. Die Demonstrierenden in der DDR bewiesen Mut. Sie haben auf friedliche Art und Weise ihren Beitrag im Interesse einer Demokratisierung der Gesellschaft geleistet. Sie verdienen hohen Respekt. Auf der anderen Seite muss man aber auch zur Kenntnis nehmen, dass damals von den bewaffneten Kräften der DDR kein einziger Schuss abgegeben wurde. Aber es wird in Ost und West auch heute noch unterschiedlich gedacht, Sachverhalte werden unterschiedlich beurteilt, und es wird auch unterschiedlich gewählt. Ich glaube, das hat auch damit zu tun, dass bei der Herstellung der deutschen Einheit zumindest ein schwerer Fehler begangen wurde. Selbstverständlich haben die Menschen im Osten an Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit gewonnen. Sie haben seitdem eine Währung, die sie weltweit eintauschen können. Es sind viele Schlösser und Kirchen, Stadtzentren und Wohnungen saniert worden. An all das muss man erinnern. Auf der anderen Seite aber wurde die DDR auf Staatssicherheit und Mauertote reduziert. Beides muss aufgearbeitet werden. Aber für das Leben in der DDR hat sich die damalige Bundesregierung bei der Herstellung der Einheit nicht interessiert. Hätte es dieses Interesse gegeben, wäre festgestellt worden, dass die DDR bei der Gleichstellung der Geschlechter noch nicht am Ziel, aber deutlich weiter war als die damalige Bundesrepublik Deutschland. Alleinerziehende Mütter und auch die selteneren alleinerziehenden Väter hatten immer die Möglichkeit zu verkürzter, aber auch zu voller Berufstätigkeit. Das lag daran, dass extrem kostengünstige und gut sichtigen sind. Ich bitte die neu zu wählende Kanzlerin bzw. den neu zu wählenden Kanzler, bei der Berufung von Bundesministerinnen und Bundesministern daran zu denken, wie ich die Ministerinnen und Minister bitte, bei der Berufung von Staatssekretärinnen und Staatssekretären daran zu denken, wie ich auch andere Gremien bitte, bei der Berufung von Richterinnen und Richtern an oberste Gerichte Ostdeutsche nicht zu meiden. Übrigens kommen mehr als die Hälfte aller Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Osten aus den alten Bundesländern. Stellen Sie sich bitte einmal vor, dass mehr als die Hälfte aller Staatssekretärinnen und Staatssekretäre im Freistaat Bayern aus dem Osten käme! Was wäre da los?

Lassen Sie mich noch zur extrem schwierigen internationalen Situation Stellung nehmen. - Ja, da müssen Sie einfach durch. Die Mehrheit der US-Amerikanerinnen und -Amerikaner hat Donald Trump zum Präsidenten gewählt; das haben wir zu respektieren. Historisch muss ich daran erinnern, dass die Sowsind diese Grundlagen unserer Gesellschaft wesentlich menschenwürdiger als jede autoritäre Struktur. Wir haben also die Weltmacht Nummer eins,

die USA, die Weltmacht Nummer zwei, China, und mit Abstand folgt dann auch Russland. Wenn die Europäische Union wirklich funktionierte, könnte sie eine Art vierte Weltmacht werden. Ich habe aber meine Zweifel, dass sich alle Mitglieder darauf einlassen werden. Trotzdem müssen wir daran arbeiten; vielleicht müssen einige Staaten voranschreiten. Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit waren ein gewichtiges Argument der führenden westlichen kapitalistischen Staaten gegenüber den sozialistischen Ländern. Da es aber Letztere nicht mehr gibt, hat das Gewicht dieses Arguments abgenommen. Wir haben auch bei uns im Inneren eine Bewegung, die Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit anzweifelt. Das heißt, wir stehen von außen und von innen unter Druck. Die große Mehrheit der Mitglieder des Bundestages muss

deshalb gemeinsam Anstrengungen unternehmen, um die genannten Grundlagen zu schützen und zu verteidigen.

Im Interesse der Demokratie sind Anfragen zu NGOs, die sich gegen die Ausbreitung von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus wenden, kein richtiger Schritt. So wird demokratisches Engagement infrage gestellt, statt es zu unterstützen. Auf europäischer, Landes- und Kommunalebene haben wir Volksentscheide, nur im Bund nicht. Im Interesse der Nähe zu unserer Bevölkerung sollten wir über eine Einführung nachdenken.

Ich bitte Sie, Herr Bundespräsident Dr. Steinmeier, ein Gremium einzusetzen, das sich mit der Frage der Sicherung von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auseinandersetzt. In dieses Gremium könnten Sie eine Auswahl von demokratischen Vertreterinnen und Vertretern zum Beispiel aus dem Europaparlament, dem Bundestag, den Landes- und Kommunalparlamenten und ebenso aus den Gewerkschaften, den Unternehmerverbänden, den christlichen Kirchen und anderen Religionsgemeinschaften, aus der Justiz, den Medien, der Kunst und Kultur, der Wissenschaft und Forschung benennen. Es muss uns trotz des genannten gewaltigen Drucks im Interesse der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gelingen, die Grundfesten unseres Grundgesetzes für alle Zeiten zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste, in diesem Jahr begehen wir den 80. Jahrestag der Befreiung von der Hitlerdiktatur und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges. Richard von Weizsäcker hat als Bundespräsident als Erster im Bundestag erklärt, dass es sich um eine Befreiung auch des deutschen Volkes handelte. Jetzt sieht es die übergroße Mehrheit unserer Bevölkerung so. Deshalb schlage ich vor, den 8. Mai - zumindest in diesem Jahr, aber eigentlich generell – zu einem bundesweiten gesetzlichen Feiertag zu erklären. Und der Frauentag, der 8. März, der bisher nur in Berlin und Mecklenburg-Vorpommern ein gesetzlicher Feiertag ist, sollte auch zu einem bundesweiten werden. Wir Männer würden an diesem Tag immer daran erinnert werden, dass auch wir verpflichtet sind, uns für die Gleichstellung von Frauen einzusetzen. zumal der Frauenanteil im neuen Bundestag im Vergleich zum vorhergehenden noch einmal prozentual gesunken ist. Denjenigen, die erstmalig einen Zweitwohnsitz in Berlin, das heißt in unserer Bundeshauptstadt, beziehen, möchte ich nur eins sagen: Ich weiß, wir Berlinerinnen und Berliner sind oft brummelig, aber im Kern praktisch und im Herzen immer solidarisch. Wir freuten uns übrigens, wenn die gesamte Regierung in Berlin säße.

Ich wünsche unserer Bevölkerung und uns einen lebendigen Bundestag, in dem ohne Beleidigungen, ohne Beschimpfungen, ohne Unfairness durchaus hart gestritten, diskutiert und entschieden wird, und ich wünsche uns einen Bundestag, der noch näher an die Menschen herantritt, die wir hier vertreten. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Ich wünsche uns einen Bundestag, der noch näher an die Menschen herantritt, die wir hier vertreten.

GREGOR GYSI, ALTERSPRÄSIDENT

ausgestattete Kindereinrichtungen existierten, was heute von der Wissenschaft anerkannt wird. Es war auch ein Fehler, 2623 Kilometer Bahnstrecke stillzulegen und 300000 Wohnungen abzureißen. Heute vermissen wir beides. Und dann war die DDR schon zu diesem Zeitpunkt eine Behalte- und keine Wegwerfgesellschaft wie die Bundesrepublik. Sie war das zwar nicht aus ökologischen, sondern aus ökonomischen Gründen, aber sie war es

Übernommen hat man aus der DDR nur das Sandmännchen, das Ampelmännchen und den grünen Abbiegepfeil. Damit sagte man aber den Ostdeutschen, dass sie außer diesen drei Punkten nichts geleistet hätten. Wäre das andere übernommen worden, hätte die ostdeutsche Bevölkerung nicht ein solches Gefühl der Demütigung entwickelt. Man wäre davon ausgegangen, dass man zwar im falschen System lebte, aber solche Leistungen vollbracht hatte, die es wert waren, für ganz Deutschland übernommen zu werden. Die Menschen in den alten Bundesländern hätten erlebt, dass durch das Hinzukommen des Ostens sich in einigen Punkten ihre Lebensqualität erhöhte. Beides hätte zu deutlich mehr innerer Einheit geführt.

Ich finde, dass die neu zu wählende Kanzlerin oder der neu zu wählende Kanzler in der ersten Regierungserklärung diesen Fehler einräumen und sich dafür entschuldigen sollte. Das gäbe einen wirklichen Ruck bei der Herstellung der inneren Einheit.

Außerdem brauchen wir natürlich endlich eine Gleichstellung von Ost und West. Es muss Schluss sein mit unterschiedlichen Tarifverträgen. Alle Menschen in Deutschland haben das Recht, für die gleiche Arbeit bei gleicher Arbeitszeit auch gleich entlohnt zu werden. Sie haben auch Anspruch darauf, für die gleiche Arbeit die gleiche Rente zu beziehen. Wenn wir hier keine Gerechtigkeitszuschläge einführen, hieße das, dass Menschen aus dem Osten noch in 30 Jahren für die gleiche Arbeit bei längerer Arbeitszeit eine geringere Rente bezögen, weil ja geringere Beiträge von ihnen und für sie bezahlt wurden. Und ich darf daran erinnern, dass nach Artikel 36 des Grundgesetzes alle Länder angemessen bei der Vertretung von Führungspositionen zu berückjetunion, die USA und Großbritannien in Jalta während des Zweiten Weltkrieges unterschiedliche Einflusssphären - einmal für die Sowjetunion und zum anderen für die USA und Großbritannien, später noch für Frankreich - festlegten. Diese Einflusssphären galten selbstverständlich nicht mehr, als die Sowjetunion zusammenbrach. Die meisten sozialistischen Länder Europas bekamen einen völlig neuen Charakter, entschieden sich für kapitalistische Strukturen, führten aber auch Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ein. Das westliche Bündnis wurde erweitert. 35 Jahre nach diesem Vorgang ist US-Präsident Trump dabei, seine wirtschaftlichen und militärischen Bündnispflichten aufzukündigen. Er sieht nicht mehr ein, für die Sicherheit Deutschlands zu haften. Er meint es ernst, wenn er davon spricht, sich völkerrechtswidrig den Panamakanal einzuverleiben. Zu seiner Absicht, Kanada zu einem Bundesstaat der USA zu machen, kann ich nur hoffen, dass er sie nicht ernst meint. Wenn er aber tatsächlich Grönland und damit einen Teil Dänemarks angriffe, könnten wir uns, im Unterschied zu den anderen genannten Fällen, nicht neutral verhalten. Wir müssten Dänemark unterstützen. Dann aber wäre die NATO tot.

Ich war immer für eine europäische Initiative für einen Waffenstillstand und einen Frieden zwischen Russland und der Ukraine, auch weil ich befürchtete, dass Trump zum Präsidenten gewählt wird. Und jetzt wird es wohl einen Waffenstillstand und einen Frieden geben, der aber mehr zum Nachteil der Ukraine gereichen wird als der, den wir hätten erreichen können. Der Teil der Eliten in den USA, der Präsident Trump unterstützt, sieht nicht in Russland die Herausforderung, sondern in China. Er fürchtet, dass China Weltmacht Nummer eins werden könnte. Das eigentlich Gefährliche ist aber, dass sie glauben, dass China schneller und effizienter ist, weil es autoritäre Strukturen besitzt. Deshalb versuchen sie, die Demokratie in den USA abzubauen. Präsident Trump möchte weder von Parlamenten noch von Gerichten belästigt werden. Wir müssen beweisen, dass Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit auch zu Effizienz fähig sind. Selbst wenn dies nicht gelänge,



Als Alterspräsident eröffnet Gregor Gysi (Die Linke) die Sitzung und appelliert, politischen Differenzen zu akzeptieren und ohne Diffamierungen auszutragen.

© DBT/Thomas Köhler/photothek

Zur Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages sprachen zudem die Abgeordneten: Dr. Bernd Baumann (AfD), Thorsten Frei (CDU), Katja Mast (SPD), Dr. Irene Mihalic (Bündnis 90/ Die Grünen), Christian Görke (Die Linke), Alexander Hoffmann (CSU), Stephan Brandner (AfD), Dr. Johannes Fechner (SPD), Dr. Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen), Christian Görke (Die Linke) und Stefan Seidler (fraktionslos). Zur Wahl der Präsidentin verbunden mit Namensaufruf und Feststellung der Beschlussfähigkeit sprach Friedrich Merz (CDU).

#### Eindrücke der Sitzung

# Der 21. Deutsche Bundestag hat sich konstituiert



Machtwechsel im Hohen Haus: CDU/CSU-Fraktionschef Friedrich Merz schlägt die Abgeordnete Julia Klöckner zur Wahl als Bundestagspräsidentin vor.



Viel zu zählen: Nicht nur die Bundestagspräsidentin, sondern auch ihre Stellvertreter werden in der konstituierenden Sitzung gewählt.

© DBT/Thomas Köhler/photothek



230 Abgeordnete betreten bei der konstituierenden Sitzung am 25. März zum ersten Mal als Mitglieder des Deutschen Bundestags den Plenarsaal. © DBT/Thomas Köhler/photothek



Keine Mehrheit: AfD-Vize-Kandidat Gerold Otten scheitert in drei Wahlgängen. © picture alliance/dts-Agentur



Knappe Mehrheit: Vize-Kandidat Bodo Ramelow (Die Linke) erhält im ersten Wahlgang zwei Stimmen mehr



Gratulation von der Vorgängerin: Julia Klöckner ist nach Bärbel Bas (r.) die vierte Frau im Amt der Bundestagspräsidentin.

© DBT//Tobias Koch



Konzentrierte Ehrengäste: Unter anderem Bundestagspräsident a.D. Norbert Lammert (v.l.n.r.), die ehemalige Volkskammerpräsidentin Sabine Bergmann-Pohl, Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundespräsident a.D. Christian Wulff und die Präsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses Cornelia Seibeld folgen der Sitzung.





# Neue Präsidentin vom Bundes-Tag

Was sind ihre Aufgaben?



#### Worum geht es?

Im Februar ist das passiert:
Wir haben einen neuen Bundes-Tag
gewählt.

Im Bundes-Tag sitzen Politiker von verschiedenen Parteien.

Parteien sind Gruppen von Politikern, die zusammen-arbeiten.

Am Dienstag hat sich der neue Bundes-Tag zum 1. Mal getroffen.

Dabei wurde auch eine neue Präsidentin vom Bundes-Tag gewählt.



Diese Fragen werden im Text beantwortet:

- Warum gibt es im Bundes-Tag eine Präsidentin?
- Was sind ihre Aufgaben?
- Wer ist die neue Präsidentin?
- Wie wurde sie zur Präsidentin?
- Wer sind ihre Vertreter?

# Warum gibt es im Bundes-Tag eine Präsidentin?

Die Politiker vom Bundes-Tag wurden von uns gewählt.



Sie vertreten uns dort.

Und sie haben wichtige Aufgaben.

Zum Beispiel:



- Sie machen neue Gesetze.
- Sie ändern alte Gesetze.
- Sie entscheiden, wofür Deutschland Geld ausgibt.
- Sie wählen den Bundes-Kanzler.

Im Bundes-Tag sitzen 630 Politiker aus verschiedenen Parteien.

Die Parteien CDU und CSU arbeiten dort zusammen.

Das Fach-Wort dafür ist Fraktion.

Damit im Bundes-Tag alles gut klappt, brauchen die Politiker das: eine Leiterin oder einen Leiter.

Im Bundes-Tag nennt man das Präsident oder Präsidentin.

Im neuen Bundes-Tag gibt es wieder eine Präsidentin.

So wie schon im Bundes-Tag davor.

#### Was sind die Aufgaben von der Präsidentin vom Bundes-Tag?

Die Präsidentin vom Bundes-Tag hat ganz verschiedene Aufgaben.

Das sind besonders wichtige Beispiele dafür:

#### 1. Treffen vom Bundes-Tag leiten

Die Präsidentin eröffnet und beendet die Treffen vom Bundes-Tag.



Sie sagt, welches Thema jetzt dran ist.

Sie sagt, welcher Politiker zu einem Thema als nächstes etwas sagen darf.

Das ist dabei wichtig:

Sie muss alle Politiker gleich behandeln.

Kein Politiker darf einen Vorteil oder Nachteil haben, weil sie die Präsidentin ist.

#### 2. Auf die Regeln beim Treffen achten

Im Bundes-Tag gibt es bestimmte Regeln. Zum Beispiel:



- Wie lange darf ein Politiker zu einem Thema sprechen?
- Was für Sachen darf er nicht sagen?

Die Präsidentin passt auf, ob sich die Politiker an die Regeln halten.

Wenn sich ein Politiker nicht gut benimmt, kann sie das machen: den Politiker ermahnen.

Wenn der Politiker sich trotzdem nicht benimmt, kann das passieren:

Die Präsidentin verbietet ihm weiter zu sprechen.

Und sie kann sogar das machen: Den Politiker aus dem Raum schicken.

#### 3. Politiker in ihre Aufgabe einführen

Besonders wichtige Politiker im Bundes-Tag müssen das machen:



Versprechen, dass sie ihre Aufgabe gut machen.

Dieses Versprechen müssen sie der Präsidentin geben.

Erst dann können sie mit ihrer Aufgabe anfangen.

Das Fach-Wort für das Versprechen ist so: Eid.

Auch der Bundes-Kanzler muss dieses Versprechen der Präsidentin geben.

#### 4. Den Bundes-Tag vertreten



Manchmal wird der Bundes-Tag von anderen Ländern eingeladen.

Oder der Bundes-Tag bekommt Besuch aus anderen Ländern.

Für den Bundes-Tag nimmt die Präsidentin an diesen Terminen teil.

Oder einer von ihren Vertretern.

#### 5. Chefin von den Mitarbeitern im **Bundes-Tag**

Die Präsidentin vom Bundes-Tag ist außerdem das:

Die Chefin von allen Menschen, die für den Bundes-Tag arbeiten.





Denn das sind viel mehr Menschen als nur die Politiker.

Für den Bundes-Tag arbeiten mehr als 3200 Menschen.

Die Präsidentin kann wichtige Entscheidungen für diese Mitarbeiter treffen.

#### Wer ist die neue Präsidentin vom **Bundes-Tag?**

Die neue Präsidentin heißt so: Julia Klöckner.

Sie ist von der Partei CDU.

Sie ist 52 Jahre alt.





Sie kommt aus der Stadt Bad Kreuznach.

Das liegt in diesem Bundes-Land: Rheinland-Pfalz.

Dort war sie lange die Landes-Chefin von der CDU.

Und sie war auch schon das:

Die Vertreterin von der CDU-Leitung für ganz Deutschland.

Sie ist seit 2021 im Bundes-Tag.

Dort war sie aber schon einmal in den Jahren 2002 bis 2011.

Von 2018 bis 2021 hatte sie diese Aufgabe: Chefin von der Regierung für den Bereich Land-Wirtschaft.

Das Fach-Wort dafür ist: Ministerin.

Vor Julia Klöckner war auch eine Frau Präsidentin vom Bundes-Tag.

Ihr Name ist Bärbel Bas von der SPD.

#### Wie wurde die Präsidentin gewählt?

Die CDU und die CSU haben die meisten Politiker im neuen Bundes-Tag.



Deshalb durfte ihre gemeinsame Fraktion eine Kandidatin vorschlagen.



Das war Julia Klöckner.

Dann haben die Politiker im Bundes-Tag darüber abgestimmt:

Soll sie die neue Präsidentin werden?



382 Politiker sagten dazu Ja.

204 Politiker sagten dazu Nein.

31 Politiker haben sich enthalten.

Die Wahl war geheim.

Weil mehr als die Hälfte der Politiker im Bundes-Tag Ja gesagt haben, ist das passiert:

Julia Klöckner ist als neue Präsidentin vom Bundes-Tag gewählt.

#### Wer sind ihre Vertreter?

Die Präsidentin hat sehr viele Aufgaben.

Die kann sie nicht alleine schaffen.

Deshalb braucht sie Vertreter.

Jede Fraktion im Bundes-Tag darf einen Vertreter vorschlagen.

Diese werden dann genauso vom Bundes-Tag gewählt.



Als Vertreterinnen und Vertreter wurden dieses Mal diese Politiker gewählt:

- Andrea Lindholz von der CSU
- Josephine Ortleb von der SPD
- Omid Nouripour (das spricht man so: Nuri-pur) von den Grünen
- Bodo Ramelow von den Linken

Die AFD hat Gerold Otten als Vertreter vorgeschlagen.

Er hat aber nicht genug Stimmen vom Bundes-Tag bekommen.

#### Wie wichtig ist die Präsidentin vom **Bundes-Tag?**

Wer Präsident oder Präsidentin vom Bundes-Tag ist, der ist in Deutschland der 2. höchste Politiker.



Der höchste Politiker von allen ist der Bundes-Präsident.

Der Bundes-Präsident von Deutschland heißt im Moment so:

Frank-Walter Steinmeier.

Am 2. höchsten ist dann schon die Präsidentin vom Bundes-Tag.

Der Bundes-Kanzler kommt auf Platz 3.



Er führt die Bundes-Regierung an.

Bisher war Olaf Scholz der Bundes-Kanzler von Deutschland.

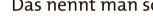
Er ist von der Partei SPD.



Im Moment gibt es noch keinen neuen Bundes-Kanzler.

Der soll aber bald vom Bundes-Tag gewählt werden.

Vorher muss aber erst das passieren: Parteien müssen zusammen-arbeiten.



Das nennt man so: Koalition.

Das probieren gerade die Parteien CDU, CSU und SPD.

Wenn sie die neue Koalition werden, dann passiert vermutlich das:

Friedrich Merz wird als neuer Bundes-Kanzler vorgeschlagen.

Er ist der Chef von der CDU.

Der Bundes-Tag stimmt dann darüber ab.



#### Kurz zusammengefasst

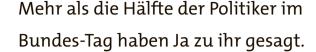
Der Bundes-Tag hat eine neue Präsidentin.

Sie heißt Julia Klöckner.

Sie ist von der Partei CDU.

CDU und CSU haben sie als Präsidentin für den Bundes-Tag vorgeschlagen.

Das durften die CDU und die CSU, weil sie dort die meisten Politiker haben.



Deshalb ist sie nun die Präsidentin vom Bundes-Tag.



Zum Beispiel muss die Präsidentin das machen:

- Die Treffen vom Bundes-Tag leiten.
- Politiker bestrafen, die sich im Bundes-Tag nicht benehmen.
- Politiker aus anderen Ländern treffen.
- Wichtigen Politikern das Versprechen abnehmen, dass sie ihre Arbeit gut machen wollen.

Auch ihre Vertreter wurden gewählt.

In der Liste der höchsten Politiker in Deutschland ist Julia Klöckner jetzt auf dem 2. Platz.

Noch höher ist nur der Bundes-Präsident.

Der Bundes-Kanzler kommt erst auf Platz 3.

Im Moment gibt es aber in Deutschland noch keinen neuen Bundes-Kanzler.

Der soll aber bald gewählt werden.

Vielleicht kurz nach Ostern.

Vorher müssen die Parteien noch das klären:

Wer wird die neue Bundes-Regierung?

Denn dafür müssen mehrere Parteien zusammen-arbeiten.





Dieser Text wurde geschrieben vom
NachrichtenWerk
der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch
An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, www.antonius.de
Kontakt: Alexander Gies, info@nachrichtenwerk.de

Redaktion: Annika Klüh, Daniel Krenzer, Victoria Tucker

Titelbild: © picture alliance / NurPhoto /Emmanuele Contini. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www. unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

